50. JAHRGANG · NUMMER 2 · 10. JULI 2009 · EUR 1,50

Arbeiterpolitik

INFORMATIONSBRIEFE DER GRUPPE ARBEITERPOLITIK

Die Abwälzung der Krisenlasten:

Schwere Angriffe auf die Lohnabhängigen stehen noch bevor

Zerrissen und in sich widersprüchlich, so lässt sich wohl die Stimmung in der arbeitenden Bevölkerung am ehesten charakterisieren. Auf der einen Seite Wut und Empörung auf die Banker und die gierigen Manager. Als Verursacher der Krise werden sie von den Medien und Politikern dargestellt, die damit von den gesellschaftlichen Ursachen ablenken. Auf der anderen Seite Hilflosigkeit und Lähmung, weil die große Mehrheit der Lohnabhängigen zurzeit keine Alternative zur kapitalistischen Krisenlösung sieht. Und die einzige Kraft, aus der eine solche Alternative erwachsen kann, ist noch nicht spürbar: Es ist die praktische Aktion, das gemeinsame Eintreten für die eigenen Klasseninteressen.

In den Branchen, die von der Krise schon voll erfasst wurden, blicken die Belegschaften sorgenvoll in die Zukunft. Zur Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes gesellt sich zugleich die Hoffnung, der Unternehmensführung oder einem Investor möge es gelingen – notfalls mit staatlichen Garantien und Bürgschaften – die Pleite der Firma oder Schließung des Standortes zu verhindern. Sichtbarster Ausdruck dieser Gefühlslage war die Demonstration der Belegschaft in Herzogenaurach, angeführt von ihrer milliardenschweren Chefin Schaeffler und sekundiert von dem IG Metall Vorsitzenden Huber. Es ist schon absurd – ausgerechnet diejenigen, die von Politikern und Gewerkschaftsvorständen für die Krise verantwortlich gemacht werden, sollen jetzt gemeinsam mit ihnen die gefährdeten Arbeitsplätze und Standorte sichern. Geprägt durch jahrzehntelange Erfahrungen verbleibt die große Mehrheit der Lohnabhängigen noch passiv, setzt auf die ihnen vertrauten bisherigen Instrumente sozialpartnerschaftlicher Interessenvertretung. Die Aufklärung/Propaganda linker Gruppen allein wird die Hoffnungen und Illusionen nicht zerstören können. Dazu bedarf es vor allem der eigenen, auch bitteren Erfahrungen, die im weiteren Verlauf der Krise zwangsläufig auf die Beschäftigen und ihre Familien zukommen werden.

Im Gegensatz zur Masse der Lohnabhängigen kennen die Herrschenden ihr Klasseninteresse und handeln danach. Sie wollen auch in der Wirtschaftskrise ihre Stellung als »Exportweltmeister« auf dem internationalen Markt behaupten und ausbauen. »*Deutschland wird gestärkt aus der Krise hervorgehen*», so fasste Bundeskanzlerin Merkel das Interesse des deutschen Kapitals zusammen. Ohne eine gründliche Marktbereinigung, die massenhafte Vernichtung von Kapital, (Firmenzusammenbrüche und Werksschließungen) wird dieses Ziel nicht zu erreichen sein. In der Krise muss sich das Kapital nicht nur von den für die Profitproduktion überflüssigen Arbeitskräften trennen, sondern auch die Ausbeutung der verbleibenden Lohnarbeiter in jeder Beziehung erhöhen. Denn die Krise erfordert nach kapitalistischer Logik die noch gründlichere Ausbeutung alter Märkte und die Erschließung neuer Märkte – und sei es durch Krieg.

Dieses Ziel fordert staatlicherseits eine Fortsetzung und Verschärfung der mit der Agenda 2010 eingeleiteten Politik tiefer sozialer Einschnitte und einer Absenkung des allgemeinen Lohnniveaus. Der Fortbestand der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung ist unvereinbar mit der Aufrechterhaltung des bisherigen allgemeinen Lohnniveaus und Lebensstandards. Die Einsparungs- und Kostensenkungsprogramme, die auf breiter Front durchgedrückt werden, zeigen, in welche Richtung die Reise gehen wird.

Die Verantwortlichen in den Unternehmerverbänden und in den Konzernspitzen wissen, dass sie ihre Ziele nicht in einem Schritt durchsetzen können, ohne die Gefahr sozialer Unruhen heraufzubeschwören. Solange die Krise es noch zulässt, setzen die Unternehmensleitungen ihre Interessen scheibchenweise durch. Zunächst wurden die Leih- und Zeitarbeiter, die sich alleine kaum zur Wehr setzen können, auf die Straße gesetzt. Die notwendigen Produktionseinschränkungen versuchen die Chefetagen meist noch ohne Standortschließungen durch Kurzarbeit abzufedern. Die Stammbelegschaften sollen vorerst »geschont« werden. Dabei lassen sich die Firmen einen Großteil der Kosten für ihre »soziale Rücksichtnahme« durch den Staat bezahlen. Nach der Ausdehnung der Kurzarbeiterregelung auf 24 Monate übernimmt die Bundesagentur für Arbeit nach sechs Monaten auch den »Arbeitgeberanteil« der Sozialversicherungsbeiträge.

Das Vorgehen der Unternehmerverbände, noch nicht den großen Knüppel rauszuholen sondern den Abbau schrittweise voranzutreiben, decken sich mit den Eigeninteressen

der parlamentarischen Parteien, die sich im September zur Wiederwahl stellen. Bis dahin soll es ruhig bleiben. Bei den Koalitionsparteien als auch bei FDP und Grünen ist die Interessenlage eindeutig, sie stehen im Grundsatz alle hinter der von Schröder eingeleiteten Politik des sozialen Abbaus. Eine Mehrheit in der Linkspartei will die Koalitions- und Regierungsfähigkeit ihrer Partei unter Beweis stellen und fürchtet soziale Konflikte, die sich nicht in parlamentarische Bahnen lenken lassen. Die Konjunkturpakte der Bundesregierung sind deshalb auch ohne grundlegende Kontroversen parlamentarisch abgesegnet worden, wie das Bankenrettungspaket, die Abwrackprämie und zuletzt die Ausdehnung der Kurzarbeit auf 24 Monate. Die Linkspartei kritisierte lediglich den zu geringen Umfang der Konjunkturstützungsmaßnahmen.

Allerdings mehren sich die bürgerlichen Stimmen, die die hohen Kosten der »sozialen Rücksichtnahme« in der Krise, die Weitergabe der Krisenlasten an die arbeitende Bevölkerung in nur homöopathischen Dosen nicht länger mitmachen wollen. Die FDP macht sich zum Sprecher dieser Stimmung. »*Das ist die Lizenz zum Ausplündern der Sozialversicherung durch Großunternehmen*», polterte der FDP-Abgeordnete Heinrich Kolb über die Verlängerung der Kurzarbeit. Und der Unionsberichterstatter im Bundestagsausschuss für Arbeit und Soziales, Peter Rauen (CDU) legte aus Protest gegen diese Zumutung sein Amt nieder und stimmte gegen die Änderung, die auch sonst in den Reihen der Union auf Unmut stieß.

Mit der Beschwörung marktwirtschaftlicher Ordnungsvorstellungen und der Klage über die milliardenschweren Konjunkturprogramme findet die FDP Gehör im Mittelstand und in kleinbürgerlichen Kreisen. Die fürchten nicht zu Unrecht, in der Krise ebenfalls unter die Räder des verschärften Konkurrenzkampfes zu geraten. Die Gründe dafür suchen und sehen sie in zu hohen Löhnen, im Kündigungsschutz, in den »Mitbestimmungsrechten« von Betriebsräten – kurz gesagt, im »Einfluss« der Gewerkschaften und der »Sozialpolitiker« in den Volksparteien. Die FDP fordert dementsprechend weitere Steuersenkungen für ihren Anhang. Der Wunschpartner der CDU/CSU wird nach der Wahl darauf drängen, dass die sozial-darwinistischen Vorstellungen seiner Klientel sich im zukünftigen Regierungsprogramm niederschlagen. Nicht öffentlich erörtert werden soll vorerst, wem die Lasten der »Krisenbewältigung« nach der Bundestagswahl aufgebürdet werden.

Die Hoffnungen in vielen Belegschaften, die mit den Krisengipfeln im Bundeswirtschaftsministerium und im Kanzleramt, mit den Offerten neuer Investoren einhergehen, werden sich nicht erfüllen. Die kaum noch bezifferbaren Summen, die »systemrelevanten« Banken zur Deckung ihrer faulen Papiere und Kredite zur Verfügung gestellt wurden, die Milliardenbürgschaften für Industriekonzerne, die Kosten der Konjunkturpakete reißen tiefe Löcher in die öffentlichen Haushalte. Die Mittel zur Deckung seiner Defizite wird sich der Staat nicht von denen zurückholen, denen er sie zur Stabilisierung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung in den Rachen werfen musste. Programme zur Abwälzung der Krisenlasten auf die große Masse der Bevölkerung nach der Bundestagswahl werden deshalb zwangsläufige Folge der eingeleiteten Krisenlösung von oben sein. Zugleich sind sich alle Beobachter und Kommentatoren einig, dass die Folgen der Krise erst in den kommenden Monaten und im nächsten Jahr auf den Arbeitsmarkt voll durchschlagen werden. Bis dahin werden die Belegschaften »weichgekocht«. Sie sind, wie bei Opel, Continental, Schaeffler oder Karstadt usw., einem ständigen Wechselbad der Gefühle, zwischen Hoffen und Bangen, ausgesetzt, wobei die Konkurrenz zwischen den Standorten und in den Belegschaften zunimmt. Das wird von den Unternehmensleitungen genutzt und weiter geschürt. Der Wille und die Möglichkeit zu Widerstand soll zersetzt und untergraben werden.

KONJUNKTUR KRISENGIPFEL BEI KANZLERIN MERKEL

Wirtschaft stürzt ab – DGB fürchtet soziale Unruhen

Justizministerin Zypries (SPD) unterstreicht im Abendblatt die Bedeutung einer Großen Koalition in Krisenzeiten.

Hamburg
gau/fk

Deutschland erlebt die schwerste Rezession seit Anfang der 30er-Jahre. Das geht aus neuen Prognosen der führenden Wirtschaftsforschungs-

Im Abendblatt-Interview: Justizministerin Brigitte Zypries (SPD).

Prognose des Internationalen Währungsfonds (IWF) aus. Die Organisation erwartet ein Minus von 5,6 Prozent in diesem Jahr für die deutsche Wirtschaft. Fast kein anderes Industrieland werde so hart getroffen. DGB-Chef Michael Sommer warnte gestern: Sollte es Massenentlassungen geben, wäre [illegible] „Kampfansage an die [illegible] und die Gewerk-

ab. Nach einem Spitzentreffen mit Wirtschaft und Gewerkschaften stellte sie gestern in Berlin aber weitere Hilfen für Unternehmen und Arbeitsmarkt in Aussicht. Bei den Gesprächen im Kanzleramt wurde deutlich, dass ein Ende der Rezession und damit der immer neuen Herausforderungen für die Politik nicht abzusehen ist.

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) sprach von einem „schweren Wirtschaftseinbruch", verwies aber darauf, dass die deutschen Konjunkturprogramme im Ausland stark beachtet würden.

Finanzminister Peer Steinbrück (SPD) plädierte gemeinsam [illegible] Wirtschaftsminister [illegible] Karl[illegible] Guttenberg [illegible] Zypries dem [illegible] Union re- [illegible] Teile der [illegible]

brücks Worten dafür, dass die Kreditvergabe in der Wirtschaft nicht richtig in Gang kommt.

Weiterhin ist die Regierung nach den Worten beider Minister bereit, über eine neuerliche Verlängerung des Kurzarbeitergelds von derzeit 18 Monaten zu reden. Auch könne darüber nachgedacht werden, dass die Bundesagentur für Arbeit Sozialversicherungsbeiträge stärker als bisher übernimmt, um Arbeitsplätze zu sichern.

Bundesjustizministerin Brigitte Zypries (SPD) verwies angesichts der Wirtschaftskrise auf die Vorzüge der Großen Koalition. „Die Große Koalition hat bewiesen, dass sie mit der [illegible] Situation gut umge-

Schärfere Angriffe, nicht nur auf die sozialen Sicherungssysteme sondern auch auf Arbeitsplätze und Standorte, stehen noch bevor. Die reflexartigen Reaktionen auf die Warnung des DGB-Vorsitzenden Sommer vor sozialen Unruhen zeigen, wie konsequent und rabiat die Profiteure der kapitalistischen Wirtschaftsordnung sowie deren politische Vertreter ihre Interessen notfalls durchsetzen werden. Führende SPD-Politiker distanzierten sich von den Äußerungen ihrer Kandidatin für das Präsidentenamt, Gesine Schwan, und des DGB-Vorsitzenden Sommer. Unions- und FDP-Politiker unterstellten ihnen, solche Unruhen mit ihren Warnungen erst herbeizureden. In die gleiche Kerbe

INHALT · Heft Nr. 2 / 10. JULI 2009 · Jg. 50

Schwere Angriffe auf die Lohnabhängigen stehen noch bevor 1

Linke Krisenbewältigung 7

Französische Stahlarbeiter in Hannover: *»Wir können gehen, wohin wir wollen!«* 11

Stahlindustrie: Resignation, Wut und erste kleine Schritte 17

Streik der Beschäftigten im kommunalen Sozial- und Erziehungsdienst 22

Österreich: Arbeiterkammerwahlen Frühjahr 2009 24

Arbeiterpolitik

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: W. Müller
Herstellung und Vertrieb: GFSA – Gesellschaft zur Förderung des Studiums der Geschichte der Arbeiterbewegung e.V.
Alle Zuschriften nur an diese Adresse:
»GFSA e.V. · Postfach 106426 · D-20043 Hamburg»
Internet: www.arbeiterpolitik.de · e-mail: arpo.berlin@gmx.de

Die »Informationsbriefe» und weitere Broschüren und Bücher der GFSA e.V. werden in folgenden Buchhandlungen angeboten:

● **Berlin-West:** »*Schwarze Risse*«, Gneisenaustraße 2a ● **Berlin-Ost:** »*Der kleine Buchladen*«, Weydinger Straße 14 – 16 ● **Bonn:** »*Buchladen 46*«, Kaiserstraße 46 ● **Braunschweig:** »*Guten Morgen Buchladen*«, Bülpenweg 87 ● **Bremen:** »*Buchladen in der Neustadt*«, Lahnstraße 65b ● **Essen:** »*Heinrich-Heine-Buchhandlung*«, Viehofer Platz 8 ● **Frankfurt/Main:** »*Haus der Bücher*» Peter Naacher, Ziegelhüttenweg 27 / »*Uni-Buch*«, Studentenhaus, Jügelstraße 1 ● **Göttingen:** Buchhandlung »*Rote Straße*«, Nicolaikirchhof 7 ● **Halle:** Infoladen »*Verein Kellnerstraße e.V.*«, Kellnerstraße 10a ● **Hamburg:** »*Heinrich-Heine-Buchhandlung*«, Grindelallee / »*Schwarzmarkt*«, Kleiner Schäferkamp 46 / Buchhandlung »*Nautilus*«, Bahrenfelder Straße: Zeisehallen / Buchhandlung »*Osterstraße*«, Osterstraße ● **Hanau:** »*Buchladen am Freiheitsplatz*«, Am Freiheitsplatz 6 ● **Hannover:** »*Internationalismus-Buchladen*«, Engelbosteler Damm 10 ● **Kassel:** »*Gestochen scharf*«, Elfbuchenstraße 18 ● **Leipzig:** »*Liebknecht-Haus*«, Braustraße 15 ● **Mönchengladbach:** »*prolibri*« Buchladen, Regentenstraße 120 ● **Siegen:** Buchhandlung »*Bücherkiste*«, Bismarckstraße 3

IGM-Chef Huber sorgt sich um Milliardärin Schaeffler

hieben die bürgerlichen Medien. Es soll nicht sein, was im Profitinteresse nicht sein darf. Wenn die Lohnabhängigen den Klassenkampf von oben beantworten, indem sie den Klassenkampf von unten aufnehmen, dann werden sie nicht nur auf den Widerstand von Unternehmensverbänden und Konzernleitungen stoßen, sondern auch auf den staatlichen Repressionsapparat. Mit einer Ausweitung der Lausch- und Spähangriffe, mit einer Verschärfung des Versammlungs- und Demonstrationsrechtes, wie in Bayern und Baden-Württemberg schon eingeführt, mit der Diskussion und dem bereits in Heiligendamm praktizierten Einsatz der Bundeswehr im Innern bereiten sich die Herrschenden und die bürgerlich-parlamentarischen Parteien auf zukünftige Auseinandersetzungen vor.

Ebenso wie die parlamentarischen Parteien fürchten auch die Gewerkschaftsvorstände und die von ihnen kontrollierte Bürokratie soziale Unruhen. Die Warnung des DGB-Vorsitzenden war dann auch nicht als Drohung gemeint, sondern entsprach den eigenen Befürchtungen. Soziale Unruhen, ein konsequent von unten geführter Klassenkampf würde die politische Ausrichtung der Gewerkschaften, die sozialpartnerschaftlichen Instrumente und die damit verbunden Posten und Funktionen in Frage stellen und überflüssig werden lassen.

Sozialpartnerschaft in Zeiten der Weltwirtschaftskrise:

Gesamtmetallpräsident Kannegießer gibt die Linie vor, der die Gewerkschaftsvorstände im Grundsatz folgen: *»Auch diese Krise lösen wir nur gemeinsam oder gar nicht ... Wir müssen begreifen: In einer schrumpfenden Wirtschaft wird das Einkommen aller ein Stück sinken. Die Betriebsräte können helfen, indem sie die tariflichen Möglichkeiten zur Kostenentlastung nutzen ... Die Gewerkschaften sollten solche Maßnahmen unterstützen – Arbeitsplatzsicherung hat jetzt Vorrang vor Einkommenssicherung!»* Das Kapital nutzt die gemeinsame »Krisenlösung» mit den Gewerkschaften, um die Belegschaften ruhig zu halten. Und die Gewerkschaftsspitzen sehen sich darin bestätigt. Sie werden in dieser Gesellschaftsordnung noch gebraucht werden und als Verhandlungspartner akzeptiert. Ihnen fällt die Aufgabe zu, den Belegschaften die Maßnahmen der Unternehmensleitungen als alternativlos zur Rettung des Unternehmens, der Standorte oder der verbliebenen Arbeitsplätze zu verkaufen.

Wir haben uns in der letzten Ausgabe der Arbeiterpolitik ausführlicher mit der Rolle der Gewerkschaften in Krisenzeiten auseinandergesetzt, mit dem Selbstverständnis der Vorstände und der Apparate als Organe der sozialpartnerschaftlichen Klassenzusammenarbeit. Auch damals gingen wir bereits auf die Vereinbarung zwischen dem IG Metall-Vorstand und der Schaeffler-Gruppe ein. Gründlicher als wir dies vor drei Monaten in Worten konnten, wurden die Erwartungen und Versprechungen, die IGM-Chef Huber den Gewerkschaftsmitgliedern und der Belegschaft machte, von den inzwischen geschaffenen Tatsachen widerlegt. Erinnern wir uns: *»Ziel der IG Metall ist die Sicherung der Arbeitsplätze und Standorte bei Continental und Schaeffler. Diese Vereinbarung ist ein Grundstein für eine gute Zukunft der Unternehmensgruppe. ... Beide Seiten werden alles dafür tun, dass es nicht zu betriebsbedingten Kündigungen kommt. Sie werden gemeinsam an einer Strategie arbeiten, mit der die Standorte gesichert und weiterentwickelt werden können.«* So verlautete es damals in der gemeinsamen Vereinbarung bzw. Pressekonferenz.

Bereits vier Wochen später kündigte Continental die Schließung verschiedener Standorte an, was zu teils heftigen Reaktionen vor allem in den französischen Werken führte (siehe Bericht auf Seite 11). Und Spiegel Online meldete am 8. Mai 2009 zu den Abbau-Plänen bei Schaeffler: *»Weltweit stehen demnach 8000 Stellen der insgesamt 66.000 Arbeitsplätze zur Disposition. Deutsche Standorte, an denen rund 28.000 Männer und Frauen beschäftigt seien, wären damit von dem jetzt anstehenden Stellenabbau überproportional stark betroffen, hieß es* [4.500 Arbeitsplätze sollen in Deutschland abgebaut werden]. *Zuvor hatte es bereits im Ausland erste Stellenstreichungen von bis zu 5000 Jobs gegeben.«*

Nachdem die Übernahmepläne der Schaeffler-Gruppe offensichtlich gescheitert sind, soll der Zusammenschluss jetzt unter der Federführung von Continental vorangetrieben werden. Auf jeden Fall haben die Banken, welche die Übernahme durch Kredite absichern sollten, inzwischen das Sagen. Der IG Metall-Vorstand hat sich nicht nur zum Spielball unternehmerischer Interessen machen lassen, er hat sich auch noch dem falschen Herren (im konkreten Fall der falschen Dame) angedient.

Standortsicherung durch Kurzarbeit und Lohnverzicht?

Vor allem in der Automobil- und deren Zulieferindustrie versuchen die IG Metall und die Konzernbetriebsräte mit Zugeständnissen bei den Löhnen und der Arbeitszeit sich Standortgarantien zu erkaufen. Doch die Garantien der Konzerne, die sich früher auf drei, fünf oder mehr Jahre erstreckten, reichen allenfalls bis in den Sommer 2010. Und sie stehen unter dem Vorbehalt, dass sich die wirtschaftlichen Bedingungen nicht weiter verschlechtern. Wie bei allen Verträgen gilt auch hier, sie haben nur so lange Bestand, wie die ihnen zugrunde liegenden Kräfteverhältnisse.

Dies wird am Fall Daimler exemplarisch deutlich: 2004 gelang es der Geschäftsleitung ein Sparprogramm in Höhe

presse.dienst ver.di Hessen: Lohn- und Gehaltsrunde Transport-, Verkehr- und Logistikbranche
Dienstag, 30. Juni 2009
ver.di überreicht Friedenspfeife – Tarifrunde wird eingeleitet
Die Tarifrunde für die hessische Transport-, Verkehrs- und Logistikbranche mit rund 40.000 Beschäftigten gewinnt an Fahrt. ver.di fordert für den Flächentarifvertrag eine Anhebung der Löhne und Gehälter um 6 Prozent, für Ausbildungsvergütungen eine Erhöhung um 50 Euro pro Monat.
Heute wird dem Geschäftsführer Herrn Wulf von dem tarifgebundenen Betrieb Fraport Cargo Service GmbH eine Friedenspfeife von ver.di überreicht.
„ver.di ist bereit, in ruhigen Fahrwassern über die Tarifforderung zu verhandeln. Auf den Sankt-Nimmerleins-Tag lässt ver.di sich jedoch nicht vertrösten", stellt Claudia Schwarz von ver.di Hessen dar.
Mit dem Überreichen der Friedenspfeife wird die Hoffnung verbunden, dass die Mitglieder des Arbeitgeberverbandes auf ihre Entscheidungsträger einwirken, um eine Lösung am Verhandlungstisch zu erreichen, bevor Arbeitskämpfe notwendig werden.
Presserechtlich verantwortlich:
Christian Rothländer Pressestelle ver.di

von 500 Mio Euro durchzudrücken. Die Zukunftssicherungsvereinbarung – damals auch »Erpresswerk« genannt – sah eine Arbeitsplatzgarantie bis ins Jahr 2011 vor. Doch die »Garantie«, mit der die Belegschaft auf die Sparmaßnahmen eingestimmt wurde, hat angesichts der Krise keinen Bestand mehr. Daimler nutzte die üblichen Ausstiegsklauseln, um bereits zwei Jahre früher seinen Beschäftigten eine neue Sparrunde zu verordnen. Auf 2 Milliarden Euro – vier Mal so viel wie damals – sollen die KollegInnen verzichten. Der Gesamtbetriebsrat stimmte auch diesmal zu. Doch die Gegenleistung fiel noch magerer aus als vor fünf Jahren.

Die IG Metall und der Vorsitzende des Konzernbetriebsrates vermelden als Erfolg, dass betriebsbedingte Kündigungen abgewendet worden seien, die nach 2004 eingestellten Kollegen eine Arbeitsplatzsicherung für ein Jahr und die Ausgelernten einen Zeitarbeitsvertrag erhalten. Die vom Konzernbetriebsrat ausgehandelte »Gerechtigkeit« dient als Schmiermittel bei der Belegschaft: Auch bei Führungskräften werden die Entgelte gesenkt. Wie lange wird diese Vereinbarung Bestand haben – ein Jahr oder nur bis zur Bundestagswahl im Herbst?

In Sachen Verzicht spielt der IGM-Pilot-Bezirk Baden-Württemberg den Vorreiter: Hier wurden per Tarifvertrag befristete Arbeitsverträge bis zu vier Jahre zugestanden (gesetzliche Regelung zwei Jahre). Außerdem soll Qualifizierung während der Kurzarbeitsphase nicht als Arbeitszeit gelten.

Noch hält die Abwrackprämie die Produktion von Kleinwagen hoch. Das Kurzarbeitergeld wird bis zu 24 Monaten gezahlt. Auch die Kollegen, die Kurzarbeit wie Urlaub empfinden, spüren das Minus in ihrem Geldbeutel und fragen sich besorgt: Wie geht's danach weiter? Schon vor der Wirtschaftskrise wurden die Überkapazitäten in der weltweiten Automobilproduktion auf 25 bis 30 Prozent geschätzt. Der Absatz ist seither weiter gesunken. Das wird sich nach dem Strohfeuer durch die Abwrackprämie fortsetzen. **Im nächsten Jahr wird die globale Produktionskapazität wohl doppelt so hoch sein wie der voraussichtliche Absatz. Der Abbau von Überkapazitäten steht erst am Anfang.** Zahlreiche Automobilhersteller, etliche Standorte und Modelle werden diesem Abbau zum Opfer fallen.

Die Strategie der IG Metall und der Konzernbetriebsräte wird das nicht verhindern, höchstens aufschieben können – zu einem hohen Preis: Mit den Zugeständnissen wird das Lohnniveau weiter abgesenkt und die Konkurrenz unter den Belegschaften verschiedenster Hersteller und Standorte weiter angeheizt.

Durch Ausweitung der »Mitbestimmung« Arbeitsplätze sichern?

»In der Schaeffler-Gruppe wird die Mitbestimmung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer – vergleichbar einer Aktiengesellschaft – eingeführt. Dieser Grundsatz gilt unabhängig von der zukünftigen Rechtsform der Schaeffler KG.« Das feierte die IG Metall im Februar 2009 als einen Riesenerfolg, seien damit doch die Mitwirkungs- und Einflussmöglichkeiten der Belegschaft gewachsen. Doch die Erfahrungen mit der Mitbestimmung in bundesdeutschen Betrieben zeigen eine andere Realität.

Angelegenheiten der Aufsichtsräte wurden von den Gewerkschaften schon immer als »vertraulich« behandelt. Ihre Vertreter sind nach Gesetz an das Wohl des Unternehmens gebunden und sehen zwischen diesem und den gewerkschaftlichen Interessen der Belegschaft auch keinen Widerspruch. Der wachsende ökonomische Druck in der Krise verstärkt die Tendenz nur noch für die Interessen des »eigenen« Unternehmens und dessen Überlebensfähigkeit einzutreten. Im Kern unterscheidet sich die Politik der gewerkschaftlichen Aufsichtsräte nicht von denen der Konzernbetriebsratsspitzen. Auch die sind gesetzlich dem Wohl des Unternehmens verpflichtet und agieren, ihrem Selbstverständnis folgend, als Co-Manager. Dadurch wird die Gewerkschaft als überbetrieblicher Zusammenschluss von lohnabhängig Beschäftigten ad absurdum geführt.

DGB-Demonstration am 16. Mai in Berlin

Der IGM-Vorsitzende Bertold Huber fordert jetzt einen Branchenrat »automobile Zukunft«, in dem Gewerkschaften, Industrieverbände und Unternehmen zusammenarbeiten. Die Einbindung der betrieblichen Mitbestimmungsträger in die Konzernpolitik soll damit seine Ergänzung auf Branchenebene finden und das gemeinsame, überbetriebliche Handeln der Belegschaften ersetzen. Wozu brauchen Gewerkschaftsführer in einem Branchenrat noch aktive Gewerkschaftsmitglieder? Gesamtmetall-Präsident Martin Kannegiesser, der das Modell der deutschen Betriebsverfassung und der betrieblichen Mitbestimmung lobt, hat nur Spott übrig, wenn er sagt, die Gewerkschaft predige *»eine Art Räterepublik«*, in der vor allem die Mitwirkung der Funktionäre gestärkt werden solle.

Kapitalbeteiligung – der gewerkschaftlichen Weisheit letzter Schluss?

Beim krisengeschüttelten Autobauer Opel hat der Betriebsrat schon einen Plan vorgelegt, wonach die Beschäftigten auf Lohn verzichten und dafür Kapitalanteile erwerben sollen. Wo es keine wirtschaftlichen Spielräume mehr gebe, *»bleibt als letzte Option die Kapitalbeteiligung«*, meint IGM-Vize Wetzel. Im Daimler-Sparprogramm wird schon jetzt an der Realisierung einer Variante gearbeitet: Die Ergebnisbeteiligung für die Kollegen für das vergangene Jahr soll in ein Mitarbeiter-Kapitalbeteiligungsmodell eingebracht werden.

Lohnansprüche der Belegschaft in der Gegenwart sollen in mögliche Gewinnansprüche in der Zukunft umgewandelt werden – was dem Betrieb kurzfristig eventuell überlebenswichtige Liquiditätsspielräume verschaffen soll. Der IG BCE-Vorsizende Schmoldt sieht mehr: Im Idealfall lasse sich in den Unternehmen so *»eine neue Vertrauensebene schaffen»*. Also die Belegschaft für den Kapitalismus vereinnahmen, indem die Beschäftigten Aktionäre werden. Doch Schmoldt kennt auch einen Grund für Vorbehalte in den Belegschaften: Das Risiko eines Totalverlusts.

Mit der Kapitalbeteiligung sollen sich die Beschäftigten als Aktionäre für höhere Dividenden durch höhere Produktivität einsetzen – mit weniger Personal soll mehr produziert werden. Und als Beschäftigte wehren sie sich gleich-

zeitig gegen höhere Ausbeutung durch Intensivierung der Arbeit und gegen ihre drohende Entlassung? Oder soll lieber der Kollege nebenan entlassen werden? Die Kollegen sollen also den grundlegenden Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit in sich vereinigen. Das Ziel derartiger Modelle läuft darauf hinaus: Die Belegschaften sollen nicht als Lohnabhängige, sondern als Miteigentümer denken und handeln. Sie sollen sich die Vorstellungen ihrer Betriebsratsfürsten und Spitzenfunktionäre zu Eigen machen. Und die basteln anscheinend schon an ihrer Rolle als zukünftige »Miteigentümer.» *»Mitarbeiterkapitalbeteiligung – gibt es Aktien? Geplant ist ein Fondsmodell, in das die Beiträge der Beschäftigten als Einlage einfließen. Das bedeutet, es wird keine Aktien geben, über die individuell verfügt werden kann. Die Details, wie das Modell aussehen kann und wie die Beteiligungsrechte der Beschäftigten wahrgenommen werden können, befinden sich noch in der Ausarbeitung.«* (aus: IGM im Betriebsrat informiert, Ausgabe 3/8.6.2009) Die IGM und deren Betriebsräte als Mitunternehmer – so kann man sich als Gewerkschaft selbst überflüssig machen.

Verteidigung der kapitalistischen Eigentumsordnung oder eigenständige Verteidigung der Arbeitsplätze

Wie anfangs schon erwähnt, erfordert eine Krisenlösung im Sinne der kapitalistischen Wirtschaftsordnung den Abbau von Produktionskapazitäten. Dadurch soll, nach einer Marktbereinigung, die Spirale von verschärfter Ausbeutung und Konkurrenz wieder in Gang gesetzt werden - bis zum nächsten Crash. Tatsächlich würde eine Auseinandersetzung um Betriebe und Standorte, die sich von den Interessen der Beschäftigten und der örtlichen Bevölkerung leiten ließe (und nicht von der »ökonomischen Vernunft», sprich der kapitalistischen Logik), an die Grenzen unserer Eigentumsordnung stoßen. Die Vorstände der Gewerkschaften fürchten den gewerkschaftlichen Kampf um den Erhalt von Standorten, denn der ist mit der Frage der Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel verknüpft. Und, er birgt die Gefahr einer Radikalisierung/Politisierung in sich. Denn in den Abwehrkämpfen zum Erhalt ihrer Arbeitsplätze werden den Betroffenen zugleich die politischen und gesellschaftlichen Zusammenhänge vor Augen geführt, siehe die Erfahrungen bei AEG, CNH oder BSH.

Mit den gewerkschaftlichen Rezepten der Krisenlösung, wie von deren Vorständen propagiert, sollen die Belegschaften deshalb noch enger an die Interessen des Kapitals gebunden werden. Ihnen ist die Rolle des passiven Zuschauers zugedacht, während andere über ihr Schicksal entscheiden. Falls nötig, dürfen sie hin und wieder ihren Frust und ihre Empörung praktisch zum Ausdruck bringen - um Dampf abzulassen. Eine wirkliche Einflussnahme der Betroffenen auf die Entscheidungen sehen die gewerkschaftlichen Konzepte der Krisenlösung nicht vor.

»Wir können uns seriöserweise in der schwersten Wirtschaftskrise nicht hinstellen und sagen, dass jeder Arbeitsplatz erhalten werden muss«, so äußerte sich der für Schaeffler zuständige IGM-Funktionär Müller. Für die Kapitalseite ist diese Klassenzusammenarbeit die Möglichkeit, die Lasten der Krise möglichst geräuschlos und elegant auf die Lohnabhängigen abzuwälzen. Es ist dabei nicht allein das persönliche Agieren von Betriebsratsfürsten und Gewerkschaftsfunktionären, das den Konzernleitungen und Unternehmerverbänden in die Hände spielt. Die herrschende Klasse kann das gesamte Modell der bundesdeutschen Mitbestimmung mit seinen Institutionen als Instrument nutzen. Die Gewerkschaftsfunktionäre, ob aus dem Apparat oder den Betriebsräten, spielen darin das Sprachrohr, das die Kolleginnen und Kollegen auf die notwendigen Opfer einschwört.

Auch wenn die Unternehmer die Instrumente der bundesdeutschen Sozialpartnerschaft zur Abwälzung der Krisenlasten auf die Belegschaften nutzen können, so sind sie deshalb noch lange keine glühenden Verfechter des Mitbestimmungsmodells. Sie nutzen es taktisch, solange sie daraus Vorteile ziehen können. Wo sie es als überflüssig, störend oder hinderlich betrachten, haben sie keine Skrupel es zu umgehen, auszuhebeln oder notfalls auch abzuschaffen. Die Anpassung von Betriebsräten und gewerkschaftlichen Spitzenfunktionären ist auf Dauer keine Garantie dagegen, solange die herrschende Klasse sicher sein kann, dass die Gewerkschaften Angriffe auf ihre Rechte nicht mit Kampf, sondern mit Bittgängen und weiteren Zugeständnissen beantworten. Im Wesentlichen wird das Mitbestimmungsmodell, wie wir es aus vergangenen Jahrzehnten kennen, nur noch in den Großbetrieben der Chemie- und Metallindustrie praktiziert. In vielen Bereichen der Dienstleistung (z.B. Einzelhandel, Gaststätten, Sozialarbeit, kirchlichen Trägern), in zahlreichen Mittel- und Kleinbetrieben als auch in Regionen Ostdeutschlands gibt es längst gewerkschafts- und mitbestimmungsfreie Zonen.

Die **sozialpartnerschaftliche Klassenzusammenarbeit** ist aber nicht nur institutionell verankert; sie prägte über Jahrzehnte das Denken und Handeln unter den Lohnabhängigen. Durch die Wirtschaftskrise wird es in vielen Köpfen in Frage gestellt. Überwunden werden kann sie aber nur in der Praxis, durch den Klassenkampf selbst. Ohne ihn sind die Fesseln, die den Lohabhängigen an das Wohl und Wehe (den Profit) seines Ausbeuters binden, nicht zu sprengen.

Die Fragen nach der kapitalistischen Wirtschafts- und Eigentumsordnung, nach der Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel begleiten den Klassenkampf in Zeiten der Wirtschaftskrise. Wir können uns um diese Fragen nicht herummogeln, wenn es gilt eine Alternative zur praktizierten Sozialpartnerschaft aufzuzeigen und ihr auch zum Erfolg zu verhelfen.

Ähnliches gilt für die Frage der **Arbeitszeit**. Sie wird von den Unternehmern »gesellschaftlich« reduziert, indem Hunderttausende auf die Straße gesetzt oder in Kurzarbeit geschickt werden. Auch hier stehen die Gewerkschaften außerhalb des Gefechts, indem sie auf die Formulierung eigenständiger Positionen und Forderungen bisher verzichten (siehe den Beschluss der Delegiertenversammlung der IGM Frankfurt/Main, S. 6).

Auf den folgenden Seiten berichten wir über Angriffe und Gegenwehr in verschiedenen Branchen und Betrieben. Die Kenntnis der konkreten Ausgangsbedingungen und Bewegungen ist Voraussetzung, um in den Köpfen und mit den abhängig Beschäftigten zu diskutieren und politische Schlussfolgerungen zu ziehen. 1. Juli 09 ■

»Die Stimmung ist besser als die Lage...«

titelt die »Frankfurter Allgemeine Zeitung« am 30. Juni einen Kommentar zu einer Allensbach-Umfrage, in der nach der Akzeptanz der »Sozialen Marktwirtschaft« in der Krise gefragt wird. *»Viele Leute glauben offenbar, die Wirtschaftskrise werde wie ein Gewitter vorüberziehen. Die Medien berichten seit anderthalb Jahren über kaum etwas anderes als die Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise, in der Politik überschlagen sich die Krisenmanager, während in der Wirtschaft die Manager auf Tauchstation gehen. Doch die meisten Leute leben wie zuvor ...«*

» Zwei Drittel der Befragten meinen, letztlich säßen Wirtschaft und Bevölkerung im selben Boot. Der Wirtschaftsstandort Deutschland wird sogar besser als vor der Krise gesehen ... Die Systemfrage, die Frage nach der Zukunft des Kapitalismus, stellt sich gar nicht, allenfalls als Phantomdebatte einiger Intellektueller. Die Leute glauben an das Wirtschaftssystem, die überwältigende Mehrheit von 80 Prozent stellt das Wirtschaftssystem nicht grundlegend in Frage. In der größten Wirtschaftskrise seit der Großen Depression ist die Akzeptanz der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland gestiegen, nicht gefallen ...

Nach der Wiedergabe der Umfrage-Ergebnisse hält der erstaunte FAZ-Redakteur seine eigene Meinung dagegen: *»Das wird leider so nicht bleiben. Die Rezession wird beim Verbraucher ankommen. Die Brücke der Kurzarbeit, die mehr als eine Million Beschäftigte vor drohender Arbeitslosigkeit schützt, trägt bis zur Wahl im September, vielleicht noch ein wenig länger. Aber im Winter müssen sich viele Unternehmen der Frage stellen, ob sich ihr Geschäft rasch erholen oder ob die Flaute andauern wird. Die Firmen stecken in der Zwickmühle. Aus demographischen Gründen dürften sie kein qualifiziertes Personal entlassen, aber die Krise könnte sie dazu zwingen. Wenn dann die Arbeitslosigkeit steigt, wird rasch die Stimmung kippen. Der trübe Ausblick soll den Wahlkampf nicht belasten. Heute verspricht man lieber Wohltaten. Finanziert wird das Ganze ja sowieso vom Wahlvolk.«* ■

Delegiertenversammlung der IGM Verwaltungsstelle Frankfurt 18. Juni 09

Antragsteller: Mitglieder des Seniorenarbeitskreises

Entschließung für eine Kampagne zur Arbeitszeitverkürzung (gekürzt)

Die Delegiertenversammlung fordert den Vorstand der IGM auf, kurzfristig eine **Debatte und eine öffentliche Kampagne zum Thema Arbeitszeitverkürzung zu organisieren.** Arbeitszeitverkürzungen sind das Gebot der Stunde. Im Mittelpunkt soll dabei die tarifliche Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf deutlich unter 35 Stunden stehen, bei vollem Lohnausgleich. Weitere wichtige Punkte einer solchen Kampagne müssen Verkürzungen der Lebensarbeitszeit sein, d.h.: weg mit dem Renteneintritt mit 67, gesetzliche Begrenzung der Arbeitszeit, tarifliche Einschränkung der Mehrarbeit. (Ergänzung der Antragsberatungskommission:) Darüber hinaus brauchen wir kurzfristig eine vorübergehende deutliche Absenkung des Renteneintrittsalters, z.B. nach 45 Versicherungsjahren (ohne Abschläge) ...

Begründung: Kurzarbeit ist ... nichts anderes als eine Form von Arbeitszeitverkürzung: die Verteilung der vorhandenen Arbeit, die Alternative zu Entlassungen. Von den Unternehmern seither verteufelt, aber zurzeit akzeptiert, weil bei Arbeitszeitverkürzung mit Kurzarbeit nicht der volle Lohn bezahlt wird. Aber genau den braucht jeder! ...

Der von den Gewerkschaften vor Jahrzehnten eingeschlagene Weg, Arbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich durchzusetzen, ist der einzig wirksame Weg, um Arbeitsplätze und Kaufkraft zu sichern:

- Schon in der Weltwirtschaftkrise 1929/30 erkannte dies US-Präsident Theodore Roosevelt und führte in den USA Mindestlöhne und die 30-Stunden-Woche per Gesetz ein, um der Krise Herr zu werden.
- Die Verkürzung der Wochenarbeitszeit von 40 auf 35 Stunden hatte in der Metallindustrie ab 1985 rund 1.000.000 Arbeitsplätze geschaffen bzw. gesichert.

Die Verzichtspolitik der letzten Jahre hat dagegen keinen einzigen Arbeitsplatz gesichert. Nach jeder Verzichtsrunde sind weniger Arbeitsplätze übrig geblieben. ... Diese Politik ist auf ganzer Linie gescheitert.

Gleichzeitig bleibt als Sofortziel die Reduzierung der rund 2 Milliarden Überstunden. Dazu ist es notwendig, dass ... der Gesetzgeber ein deutliches politisches Signal zur Senkung der Mehrarbeit sendet.

Zusätzlich muss es darum gehen, auf gesetzlicher Grundlage die Arbeitszeit entsprechend der Produktivitätsentwicklung weiter zu reduzieren, da in allen Arbeitszeitkämpfen sich herausgestellt hat, dass das Fehlen von (guten) gesetzlichen Regelungen von den Unternehmern in der Krise genutzt wird, um die tariflichen Standards zu unterlaufen und zu senken. Wir brauchen beides: Gute Tarifverträge und gute gesetzliche Regelungen. Gerade in einer Zeit der strukturellen Schwäche der Gewerkschaften ist es erforderlich, dass gesetzliche Leitplanken eingezogen werden.

Angesichts der zu erwartenden hohen Massenarbeitslosigkeit rufen wir die IG Metall dazu auf, in Zusammenarbeit mit anderen Gewerkschaften und in diese Richtung wirkenden Verbänden, Initiativen und Gruppen der Gesellschaft neue Schritte zur drastischen Kürzung der Arbeitszeit mit vollem Lohnausgleich zu einem zentralen Thema ihres Engagements, der öffentlichen Debatte und auch der tariflichen Auseinandersetzung zu machen.

Einstimmig angenommen ■

Linke Krisenbewältigung ?

Alle sind sich darin einig, dass die kapitalistische Wirtschaft weltweit in der Krise steckt. Zum einen handelt es sich um eine »klassische« Überproduktionskrise, d. h. ein großer Teil der produzierten Waren findet keinen Absatz mehr; der Abbau der Überkapazitäten geschieht in der Form der Wirtschaftskrise. Hinzu tritt die Finanzkrise in der Folge des Platzens von spekulativen »Blasen«; auch dies ist eine Marktbereinigung in krisenhafter Form im Rahmen der Finanzwirtschaft. Beide Krisen wirken aufeinander ein und verschlimmern die wirtschaftliche Lage. Auch zur Qualität der Krise gibt es nur wenig Meinungsverschiedenheiten – sie ist zweifellos eine der schwersten (wenn nicht die schwerste) Wirtschaftskrisen der letzten beiden Jahrhunderte. Kontroversen gibt es in zwei Punkten: Zum einen über das Zustandekommen der Krise, zum andern darüber, was zu tun sei.

Wir setzen uns hier nicht mit der bürgerlichen Presse auseinander, in der Wirtschaftsjournalisten, Professoren und andere Vertreter des Unternehmerlagers ihre Diskussion führen. **Unsere Kritik gilt vielmehr bestimmten Auffassungen der bürgerlichen Linken**, so wie sie z. B. bei **Attac** oder bei **Lucas Zeise**[1] zum Ausdruck kommen, und Teilen der **marxistischen Linken**, für die das **Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung (isw)**[2] steht. Die kritische Auseinandersetzung mit den angesprochenen Positionen ist für uns wichtig, weil diese in unserem politischen Umfeld eine negative und desorientierende Wirkung entfalten, indem sie vorhandene Illusionen über die gegenwärtige Wirtschaftsordnung bekräftigen und neue Illusionen verbreiten.

Die Auseinandersetzung mit den Äußerungen der Gewerkschaften, sei es die Frankfurter Erklärung des DGB vom 17. Dezember 2008[3], die Stellungnahme der IG Metall vom 11. Dezember 2008[4] oder der Beschluss des Gewerkschaftsrats von ver.di vom 5. Dezember 2008[5], ist wenig ergiebig, weil sie im Hinblick auf die Analyse der Krise oberflächlich sind und ihre Handlungsoptionen sich auf Appelle an »die Politik» und die Unternehmer und im übrigen an Gott und die Welt beschränken.

Auch für die Lohnabhängigen bieten die Äußerungen der Gewerkschaftsgremien keine nützliche Orientierung in der Krise. Anders stünde es, wenn Belegschaften von sich aus den Kampf gegen die Abwälzung der Krisenfolgen auf ihren Rücken aufnehmen würden. Derartige Auseinandersetzungen, die zwangsläufig die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel berühren würden, könnten sehr wohl Ausgangspunkte für die Entstehung von Klassenbewusstsein in den Köpfen von Teilen der Arbeiterklasse sein.

1) Insbes. Lucas Zeise, Ende der Party, Die Explosion im Finanzsektor und die Krise der Weltwirtschaft, PapyRossa 2008; L. Zeise war Mitbegründer der Zeitung Financial Times Deutschland (FTD) und hat eine regelmäßige finanzpolitische Kolumne bei der FTD; seine Lösungsvorschläge zur Krise decken sich weitgehend mit denen von Attac.

2) isw-Report Nr. 75, Garnreiter, Mayer, Schmid, Schuhler, Finanzkapital »Entwaffnet die Märkte!«, Spekulation. Krisen. Alternativen, September 2008. Das isw-sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e. V., München, gilt als der DKP politisch nahe stehend; www.isw-muenchen.de

3) Die Erklärung trägt den Untertitel »Aktiv gegen die Krise, Konjunktureinbruch abfedern, dramatischen Anstieg der Arbeitslosigkeit verhindern!«

4) Titel: »Keine Entlassungen in 2009 – Arbeitsplätze sichern, Konjunktur stabilisieren, Zukunft gestalten«

5) Titel: »Aktiv werden für eine soziale Antikrisenpolitik!«

6) L. Zeise, S. 21

Krisenursachen und Lösungsvorschläge

Lucas Zeise und Attac sehen als Hauptursachen der gegenwärtigen Wirtschaftskrise die »*Dominanz der Finanzmärkte über die Realökonomie*« sowie den »*anarchischen Wettbewerb zwischen den Nationalstaaten*«. Dementsprechend die Lösungsvorschläge: »*Entscheidend wird sein, dass dem Finanzkapital seine dominierende Rolle in der Wirtschaft genommen wird... Ganz so wie bisher wird der Kapitalismus nicht bleiben können.*«[6] »*Es ist nicht einmal so, dass das ganze kapitalistische System verändert oder umgestürzt werden muss, um Finanzkrisen zu verhindern... Die entscheidenden Institutionen gibt es schon, die Banken und Finanzmärkte bändigen könnten. Allerdings, … die in diesen Institutionen Verantwortlichen – also die Finanzminister der großen kapitalistischen Länder, ihre Notenbanker und Bankenaufseher – haben es vorgezogen, nicht zu bändigen.*«[7] Und: »*Dem ungehinderten Fluss von Waren und Kapital müssen Grenzen gesetzt werden. Die allgemeingültige Offenheit von Waren- und Finanzflüssen muss ersetzt werden durch ein neues Netz von Verträgen zwischen den verschiedenen Ländern und Regionen der Welt, die auf dem gegenseitigen Respekt vor den Menschen unabhängig von ihrer Klasse, der Verteidigung der historischen Errungenschaften der ArbeitnehmerInnen und der Solidarität mit den ärmeren Ländern fußen.*«[8] Da es Lucas Zeise um die Finanzkrise geht, betont er im allgemeinen zu sehr die Unterschiede zwischen Finanz- und Real-, sprich Industriekapital. Dass er die enge Verflechtung kennt, wird deutlich, wenn er schreibt: »*Die Interessenlage der Banker, Hedge-Fonds-Manager und ihrer betuchten Geldgeber deckt sich dummerweise in Teilbereichen mit derjenigen jener, die vor allem die Wirtschaft nicht abschmieren lassen wollen.*« Zeises Interesse am Finanzkapital verleitet ihn dazu, den eigenständigen Charakter der Krise des Realkapitals, d. h. die Überproduktionskrise, aus dem Auge zu verlieren. Das wiederum hat zur Folge, dass er dem »bösen« Finanzsektor das »gute« Industrie- und Gewerbekapital entgegenstellt, was unhaltbar ist.

Attac und Zeise wiederholen hier die seit Ende des 19. Jahrhunderts sattsam bekannten und von Rosa Luxemburg und anderen und vor allem durch die Wirklichkeit selbst widerlegten reformistischen Vorstellungen, die Märkte und die in ihnen notwendig herrschende Anarchie könnte durch den kapitalistischen Staat »gebändigt» werden. Da Zeise einen sozialistischen Ausweg aus der Krise nicht in Betracht zieht, bleibt ihm tatsächlich nur die Hoffnung auf den Staat und seine Institutionen. Es wird ihn befriedigen, dass bereits beim Treffen der G-20-Länder Anfang April 2009 in London technische Veränderungen beschlossen wurden, die sich mit seinen Vorschlägen decken; so zum Beispiel Änderungen der Eigenkapital-Richtlinien, Kürzung der Kredithebel, Ausweitung der Aufsicht auf Ratingagenturen, neue Bilanzierungsregeln für Finanzinstitute. Bei alledem steckt der Teufel im Detail, das nur die Fachleute selbst kennen – also diejenigen, die kontrolliert werden sollen: die Banker[10]. Aber dadurch wird weder das Gewicht des Finanzsektors in der kapitalistischen Wirtschaft geschwächt noch werden dadurch künftige Krisen verhindert. Aus der Sicht der Unternehmer haben sich bestimmte Methoden der Profitmaximierung als untauglich

7) L. Zeise, S. 181

8) L. Zeise, S. 187

9) L. Zeise, S. 19

erwiesen, aber die Profitmaximierung selbst bleibt weiterhin das Prinzip des Wirtschaftens – in der Finanz- ebenso wie in der Realwirtschaft. Der Wettlauf um andere, neuere Methoden des Profitemachens wird damit in eine neue Runde gehen; erfahrungsgemäß mit der Folge größerer und verheerenderer Krisen.

Die Reaktionen der Regierungen auf die aktuelle Krise zeigen ausdrücklich das Bemühen, den aufgrund innerer Störungen ins Stocken gekommenen Markt wieder zu öffnen – sei es durch Anstoßen der Kreditvergabe der Banken, sei es durch Ausgabenprogramme für die Bauwirtschaft, Autoindustrie und andere Wirtschaftszweige. Wirtschaftsverbände und führende Politiker warnen, der Staat dürfe nicht in den Wettbewerb eingreifen, er dürfe nicht einseitig Unternehmen begünstigen. Diese Warnungen enthalten natürlich auch ein Stück Heuchelei: Natürlich werden nicht alle gefährdeten Unternehmen gerettet, es findet eine Auswahl statt. Großen, gesamtwirtschaftlich bedeutenden Unternehmen und politisch »gut vernetzten« Unternehmern wird eher geholfen als ihren schwächeren Konkurrenten. Die Krise ist zugleich ein Ausleseprozess, ein weiterer Schritt auf dem Wege der Zentralisation und Konzentration des Kapitals. Aber diese Auslese findet sowohl innerhalb der Nationalstaaten wie auch zwischen den Nationalstaaten statt. Auch die Förderung der Entwicklung der Finanzwirtschaft und ihrer nun in die Kritik geratenen Produkte insbesondere durch die britische und die US-Regierung, u. a. durch Verzicht auf Regulierung der Finanzmärkte, war eine politische Unterstützungsmaßnahme für einen wichtigen Teil der nationalen Bourgeoisien. Dass dies in einer Finanzkrise wie der gegenwärtigen enden würde, sah niemand voraus. Es war nicht geplant, sondern es ergab sich aus dem Marktgeschehen selbst. Die immer größeren Kredithebel ergaben sich sozusagen naturwüchsig aus der Notwendigkeit für das Finanzkapital, auf sein eingesetztes Kapital mindestens die gesellschaftliche durchschnittliche Profitrate zu erzielen, d. h. insoweit mit dem industriellen Kapital gleich zu ziehen[11].

Die Krise beweist nun, dass dies auf dem eingeschlagenen Weg auf Dauer nicht möglich ist. Die Finanzbourgeoisie wird also künftig andere Lösungen suchen müssen. Diesem Bemühen dienen Konferenzen wie der G-20-Gipfel in London ebenso wie andere nationale und internationale Tagungen von Politikern und Wirtschaftsexperten, die Regulierungsinstrumente für die Finanzbranche diskutieren und verabreden. Darum geht es gegenwärtig – nicht darum, *»die Banken und Finanzmärkte zu bändigen«*. Man kann den kapitalistischen Markt nicht von seiner Anarchie befreien, wenn er Markt bleiben soll. Das marktmäßige Agieren der Akteure am Markt selbst verursacht diese Unübersichtlichkeit. Nur die gesellschaftliche Planung der Produktion und damit die Aufhebung des Marktes beseitigt die Anarchie der kapitalistischen Produktionsweise. Dies wird aber von Lucas Zeise und Attac nicht thematisiert.

Mit »emanzipatorischen Kräften» gegen die Krise?

Demgegenüber betonen **die Autoren der isw-Studie** die gemeinsame Grundlage von Real- und Finanzkapital. In ihrer Kritik an der Attac-Stellungnahme schreiben sie: *»Die Vorstellung, man könne ein demokratisches Finanzsystem installieren, ohne in die Realwirtschaft einzugreifen, ist unhaltbar... Die Finanzkrise widerspiegelt nicht in erster Linie spezielle Mängel des Finanzsektors, sondern die allgemeine Krise des heutigen Kapitalismus. Reformen müssen deshalb auf die allgemeine Funktionslogik dieses Systems zielen.«*[12] Dieser kurze Abschnitt aus dem isw-Report lässt bereits erkennen, dass sich die Autoren einerseits als grundsätzliche Kritiker der kapitalistischen Produktionsweise sehen, dass sie aber gleichzeitig in der Reform-Diskussion gehört werden möchten. Das führt zu einem argumentativen Eiertanz über mehrere Seiten hinweg, wobei stets eine antikapitalistische Grundsatzposition von einem anschließenden *»Aber...«* relativiert wird. Dazu wird eine pomphafte Sprache gepflegt: *»Die Eigentumsfrage ist zentral«*, aber: *»... wer von der These eines sofortigen revolutionären Bruchs nichts und stattdessen für eine Transformation hält, bei der die Dominanz der Kapitallogik in Wirtschaft und Gesellschaft nach und nach und in zähen Kämpfen vom Primat der Soziallogik abgelöst wird, der kann auf diesem transformatorischen Weg nur weiter kommen, wenn er dieser anwachsenden Soziallogik durch Einführung demokratischer Elemente in die Verfügungsgewalt über die Ressourcen eine Basis verleiht... Die endliche Durchsetzung einer 'nichtkapitalistischen Gesamtregulation' setzt den Ausbau nichtkapitalistischer und demokratischer Elemente im* (kapitalistischen; d. Verf.) *Wirtschaftssystem voraus.«*[13] Im Klartext: Innerhalb der kapitalistischen Marktwirtschaft sollen »demokratische« Inseln geschaffen werden.

In ihrer Auseinandersetzung mit den reformistischen Vorstellungen Eduard Bernsteins in der deutschen Sozialdemokratie am Ende des 19. Jahrhunderts wies Rosa Luxemburg die Verwendung des Begriffs Demokratie im Zusammenhang mit der Wirtschaftsordnung aus grundsätzlichen Überlegungen zurück.[14] Elemente aus dem Bereich der politischen Demokratie in die Wirtschaft einzupflanzen, wie es mit der Mitbestimmung versucht wurde und wird, ändert nichts daran, dass die Wirtschaft den Marktgesetzen folgt. Die praktischen Erfahrungen mit etwa 80 Jahren *»wirtschaftsdemokratischen«* Experimenten im deutschen Kapitalismus zeigen, dass diese weder den Abbau ganzer Industriezweige aufhalten noch Arbeitsplatzabbau und Insolvenzen verhindern konnten. Ganz im Gegenteil: Die Gewerkschaften und die Betriebsräte halfen als Sozialpartner den Unternehmern, die Maßnahmen *»sozialverträglich«* zu verbrämen, solange steigende Profite dies zuließen, und sie wirken auch weiterhin partnerschaftlich mit, wenn es sich *»sozialverträglich«* nicht mehr machen lässt. Der Markt diktiert die Bedingungen, denen sich die Lohnabhängigen ebenso wie ihre Vertreter beugen müssen, solange sie nicht mit dem Ziel einer anderen, einer sozialistischen oder kommunistischen Plan- und Bedarfswirtschaft den Kampf aufnehmen. Es liegt kein Vorteil für die lohnabhängigen Klassen darin, Personen an den Unternehmensspitzen und in den Gremien der Wirtschaft auszutauschen, wenn nicht die Regeln, denen das Wirtschaften folgt, grundsätzlich geändert werden. Die Hilflosigkeit der sogenannten Arbeitnehmervertreter in den Aufsichtsräten der Unternehmen bei Personalabbau bzw. Werksschließungen rührt ja nicht in erster Linie etwa von deren Unfähigkeit oder Korruptheit

---

10) Ein Beispiel hierfür: Sowohl in den USA wie in Europa gilt bei der Bilanzierung von Wertpapieren die sog. Fair-Value-Regel, d.h. soviel wie zeitnahe Bewertung. *»Nach den internationalen Bilanzregeln IFRS, die für europäische Unternehmen verbindlich sind, hat die Deutsche Bank eine Bilanzsumme von 2,2 Billionen Euro. Setzt sie aber die amerikanischen US-GAAP an, schmilzt die Bilanzsumme auf nur noch eine Billion Euro. Die unvorstellbar große Differenz resultiert aus der zwischen beiden Bilanzierungssprachen unterschiedlichen Behandlung von Derivaten...«*; FAZ 27. März 2009

11) hierzu sehr informativ Rainer Roth, Finanz- und Wirtschaftskrise – Krise des Kapitalismus, Januar 2009, www. klartext-info.de; ferner derselbe: SIE kriegen den Karren nicht flott..., Anmerkungen zu Ursachen und »Lösungen«, Broschüre, März 2009

12) isw, S. 46

13) isw, S. 46 f.

14) Rosa Luxemburg, Sozialreform oder Revolution, 2. Die wirtschaftliche und politische Demokratie, Gesammelte Werke Bd. 1/1, Berlin 1970, S. 417 ff.

her, sondern vor allem daraus, dass sie in den gegebenen Fällen keine praktikablen Alternativlösungen benennen können. Bestenfalls können sie die sattsam bekannten »*sozialverträglichen Abfederungen*« erlangen – für einzelne Lohnabhängige eine Entlastung, aber die Arbeitsplätze gehen verloren.

Die hier zusammengefassten Erfahrungen können den Autoren des isw nicht unbekannt sein. Um auszuschließen, dass wir sie vielleicht nur falsch verstanden haben und sie deshalb fälschlich kritisieren, werfen wir einen Blick auf ihre strategischen Vorstellungen[15]:

Es geht den Verfassern erkennbar um Bündnispolitik und sie versuchen, den Rahmen dafür möglichst weit zu halten. *»Soziale Bewegungen, der Emanzipation verpflichtete Parteien und vor allem die Gewerkschaften müssen sich, soll es zu Veränderungen der Kräfteverhältnisse kommen, in den folgenden Fragen mit weit größerer Kraft einsetzen, als sie ihnen bisher zur Verfügung steht und als bisher von ihnen mobilisiert wurde. Die emanzipatorischen Kräfte sind dabei gehalten, … vor allem auf europäischer Ebene zu gemeinsamen Initiativen und Aktionen zu kommen.«* Auch hier finden wir wieder die unpräzise Sprache, die offenbar dazu dienen soll, eigene Erkenntnisdefizite zu bemänteln, auch und gerade dann, wenn diese Erkenntnisse für die Entwicklung der Kampfkraft der Lohnabhängigen bedeutsam sind. Die Verwendung des vagen und schillernden Begriffs »*emanzipatorische Kräfte*«, der in der Studenten- und Schülerbewegung der siebziger Jahre gang und gäbe war, mag beabsichtigt sein, um möglichst niemanden von vornherein aus dem Bündnis auszuschließen, aber sie widerspiegelt doch zugleich die Unfähigkeit, die Partner für die eigenen Bündnisziele präzise zu benennen. Wichtiger allerdings und für die Entwicklung der Kampfkraft entscheidend ist ein Verständnis davon, warum es den *»emanzipatorischen Kräften«* einschließlich der Gewerkschaften nicht möglich war, *»...weit größere Kraft ein(zu)setzen, als sie ihnen bisher zur Verfügung steht und als bisher von ihnen mobilisiert wurde.«* Wir kennen die Gründe, sie sind so schwierig nicht zu erkennen und zu verstehen: Die Passivität der Lohnabhängigen, die sich mit dem lange Jahrzehnte währenden Aufschwung der Produktion, im Vergleich mit den Nachbarländern relativ hohen Haushaltseinkommen und der langen Tradition der Sozialpartnerschaft erklären lässt. Aber einige der genannten »emanzipatorischen Kräfte» und insbesondere die Gewerkschaften gehören durchaus zu jenen, die diese Passivität nach Kräften förderten und fördern. Das weckt Zweifel am Realitätsgehalt der Bündnisvorstellungen des isw und auch daran, dass sich die tiefe Verbeugung vor den *»emanzipatorischen«* Partnern für das isw politisch auszahlen wird: Die linksbürgerlichen und sozialdemokratischen Elemente werden – wie überhaupt gegenüber der DKP – in ihnen stets doch den Wolf sehen, der Kreide gefressen hat.

Dieses Streben nach *»Politikfähigkeit«* – eine Floskel aus dem Wortschatz mancher Politiker auch aus dem linken Spektrum – ist wohl auch der Grund dafür, dass der isw-Report den Fragen nach den gegebenen gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen, nach Durchsetzbarkeit von Forderungen und Kampfkraft im eigenen Lager nicht nachgeht. Denn hier tritt sehr schnell Ernüchterung ein. Das ist nicht Schuld der isw-Autoren oder der marxistischen Linken. Aber der unproduktive, innere Widerspruch dieser *»Forderungspolitik«* liegt darin, dass sie das sozialistische »Endziel» nicht formuliert, weil sie diese Forderung – durchaus zutreffend – als zur Zeit utopisch und nicht vermittelbar ansieht, dafür aber reformistische Illusionen verbreitet, die mindestens ebenso utopisch und nicht durchsetzbar sind – und dies wird dann für realistische Politik gehalten!

Sehen wir uns die Vorschläge zur Krisenbekämpfung im Einzelnen an:

■ Einkommen und Vermögen sollen umverteilt werden. *»Die Umverteilung der Einkommen umzukehren, in Zukunft also von Oben nach Unten, ist eine fundamentale Voraussetzung zur Eindämmung der Geldfluten im Finanzsektor.«* Bewirken sollen das die Gewerkschaften mit ihrer Tarifpolitik. Um dem eine gewisse Plausibilität zu verleihen, behaupten die isw-Autoren dreist, dass die Gewerkschaften *»für eine kräftige Steigerung der Löhne und Gehälter … seit einiger Zeit bereit sind, zumindest in der Phase exorbitanter Profitsteigerungen, für dieses Ziel notfalls harte Konflikte durchzustehen...«*[16] Es ist festzuhalten: Kein noch so *»harter Konflikt«*, eine soziale Revolution ausgenommen, vermöchte *»die Umverteilung der Einkommen umzukehren«*. Die Einkommensverteilung in der kapitalistischen Gesellschaft beruht ursächlich auf dem Privateigentum an den Produktionsmitteln. Die Einkommen der Lohnabhängigen sind nicht Anteil vom Profit, also dem realisierten Mehrwert, sondern Entgelt für die Ware Arbeitskraft. Wenn die Kosten der Arbeitskraft ein solches Ausmaß annehmen würden, dass Profit nicht mehr möglich ist, würde keine Produktion stattfinden. Dass eine solche Situation eintritt, wird durch die industrielle Reservearmee, sprich: die arbeitslosen und unterbeschäftigten Lohnabhängigen, verhindert. Das wissen die Gewerkschaften und daran halten sie sich auch. Diese isw-Forderung ist schlicht populistisch gemeinter Unsinn.

■ Mit der Formulierung *»Neuverteilung der Arbeit«* wird Arbeitszeitverkürzung gefordert. Allerdings bedarf es einer entsprechenden Kampfkraft, dies gegen die Unternehmer durchzusetzen. Das Verhalten der Gewerkschaften bereits vor der Krise ließ keine Bereitschaft erkennen, die Arbeitszeit zu verteidigen, ganz im Gegenteil: Flächendeckend haben die Gewerkschaften Arbeitszeitverlängerungen mit oder ohne *»Kompensationsgeschäfte«* zugestimmt. Jetzt in der Krise werden für eine wirkliche oder auch nur scheinbare *»Sicherung der Arbeitsplätze«* weitere Zugeständnisse an die Unternehmer gemacht. Die Belegschaften teilen im Großen und Ganzen die Sichtweisen und damit auch die praktische Politik der Gewerkschaftsführungen. So sinnvoll vom Standpunkt der Lohnabhängigen auch die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung ist, so fehlen doch gegenwärtig alle Voraussetzungen, für sie in den Kampf zu ziehen. Aber auch, wenn sich dies ändern sollte, wenn zukünftig Auseinandersetzungen um die Verkürzung der Arbeitszeit wieder geführt werden, dann wird dies nichts substantiell an der Einkommens- und Vermögensverteilung ändern, sondern einfach tendenziell den Preis der Ware Arbeitskraft verteuern.

■ Unter der Überschrift *»Die Macht neu verteilen«* fordert das isw, das Bankensystem zu »vergesellschaften«. Darunter versteht es, mit Bezugnahme auf die Parlamentarier der Linkspartei Brie und Klein, *»die Verfügung über Ressourcen durch eine Pluralität von demokratischen Kräften«*. Diese seien *»...die Vertretungen der jeweiligen Belegschaften … gewerkschaftliche Organe, Arbeitsloseninitiativen, soziale Bewegungen aller Dimensionen … örtliche und überregionale Sozialforen, kommunale Einrichtungen, Verbraucherorganisationen usw...«*[17]. Wenn man sich – in Kenntnis der hier genannten Organe – vorstellt, diese würden, wie vom isw gewünscht, in der Leitung der Banken mitreden – was

15) isw, S. 51 ff.
16) isw, S. 52
17) isw, S. 53

würden sie anders tun, als ihre Spezialinteressen innerhalb der gegebenen kapitalistischen Gesellschaft zu vertreten? Die Bandbreite der hier genannten gesellschaftlichen Repräsentanten einmal zugrunde gelegt, zu denen natürlich noch die Kapitaleigner hinzu kämen – was anderes würde geschehen, als dass die jeweiligen Spezialinteressen sich dem übergeordneten Interesse nach Kapitalverwertung, d. h. Profitmaximierung, unterordnen müssten? Das Gleiche gilt für die letzte Forderung *»Wirtschaft demokratisieren«*. Analog den obigen Ausführungen wird dort die Erweiterung der betrieblichen und Unternehmensmitbestimmung verlangt – verschärft um ein Vetorecht für ArbeitnehmerInnen und Gewerkschaften, auch im Hinblick auf Betriebsveräußerung und -verlagerung. Ferner sollen soziale Bewegungen und Kommunalvertreter beteiligt werden. Auch hier gilt, dass unter marktwirtschaftlichen Bedingungen die *»Demokratie«* nichts an den Existenzbedingungen des Kapitals ändern kann. Stehen die Vertreter der Lohnabhängigen dort gegen das spezielle Kapitalinteresse, so tun sie das auf dem Boden des kapitalistischen Gesamtinteresses oder umgekehrt. Die Montan-Mitbestimmung, die mehr als fünfzig Jahre in Deutschland keinen Arbeitsplatz gerettet hat, wird für die Lohnabhängigen nicht besser dadurch, dass soziale Bewegungen und Kommunalvertreter hinzu addiert werden.

Es bringt aber auch die Linke in Deutschland nicht weiter, wenn – möglicherweise – aus vordergründigen, taktischen Motiven heraus, unsinnige Demokratisierungsideologien mit marxistischem Anspruch verbreitet werden. Würden *»die sozialen Bewegungen«*, würden *»die Gewerkschaften«* mit ihren Mitgliedern tatsächlich um die genannten Forderungen kämpfen, dann sähe die Sache anders aus: Wenn heute eine Belegschaft gegen die Stilllegung ihres Betriebes kämpft, so stößt sie unweigerlich auf die Eigentumsfrage[18]. Das Gleiche gilt überall da, wo Belegschaften oder auch soziale Bewegungen die private Verfügungsgewalt über Produktionsmittel und -einrichtungen beschneiden wollen. Solche Kämpfe konfrontieren die Beteiligten mit den grundsätzlichen Machtfragen dieser Gesellschaft und insoweit verdienen sie jede mögliche Unterstützung. In solchen Kämpfen, die der Sache nach langwierig sind, schleifen sich politische Illusionen ab, mit denen die Lohnabhängigen zu Beginn in den Kampf gezogen sind. Zu den Illusionen, die sich unter solchen Bedingungen abschleifen können, gehören auch die von der Wirtschaftsdemokratie. Wenn wir auch akzeptieren müssen, dass bei dem niedrigen Niveau des Klassenkampfes in Deutschland ganz zwangsläufig viele falsche Vorstellungen über den Charakter der kapitalistischen Gesellschaft in den Köpfen der Lohnabhängigen herrschen, heißt das noch lange nicht, dass wir selbst solche Illusionen bestärken oder gar erzeugen müssen, um uns anzubiedern. Man mag sein Licht wohl unter den Scheffel stellen, wenn es erforderlich ist, aber man sollte es nicht gleich ausblasen. 14. Mai 2009 ■

18) In den letzten Jahren der Weimarer Republik, als weithin die Hoffnungen auf eine baldige wirtschaftliche Erholung schwanden, fand bei klassenbewussten Lohnabhängigen die Forderung nach Produktionskontrolle durch Organe der Arbeiterklasse – als einer Form des Übergangs von der kapitalistischen Warenwirtschaft zur sozialistischen Bedarfsdeckungswirtschaft – Anklang. Vgl. hierzu auch die Broschüre: Plattform der Kommunistischen Partei Deutschlands (Opposition), Berlin 1930, S. 38 ff – www.arbeiterpolitik.de

■ CONTINENTAL AG: Gemeinsamer französisch-deutscher Widerstand gegen Werksschließungen?

»Wir können gehen, wohin es uns beliebt!«

»Stehen die Beschäftigten der Continental-AG über nationale Grenzen zusammen, dann können wir gehen, wohin wir wollen«, erklärte Xavier Mathieu vor den Kollegen aus Hannover-Stöcken anlässlich einer **gemeinsamen Demonstration gegen Werkschließungen in Clairoix (Frankreich) und Stöcken (Deutschland) am 23. April in Hannover.** Diese Aussage spielte an auf die vielfältigen Manöver der Gewerkschafts- und Staatsapparate, das Werben der Belegschaft des Conti-Reifenwerks aus Clairoix um Solidarität innerhalb des Conti-Konzerns in Frankreich und Deutschland zu torpedieren und die Belegschaft in ihrer Region einzumauern und ohne Notiz der Öffentlichkeit krepieren zu lassen.

Wir sehen in dem Besuch der kompletten französischen Belegschaft in Hannover einen bedeutenden ersten Schritt, die deutschen Kollegen zum gemeinsamen Widerstand gegen die Werkschließungen der Conti-AG abzuholen. Die werbende Ansprache des Kollegen Mathieu fand Aufmerksamkeit bei den deutschen Kollegen, wenn auch die Übersetzung viel Zeit beanspruchte und die von der Demonstration ermüdeten deutschen Zuhörer strapazierte. An die Reden deutscher Gewerkschaftsfunktionäre gewöhnt, vermuteten wohl viele keine aufregenden Gedanken.

Im Folgenden dokumentieren wir die Rede des CGT-Kollegen. Im Anschluss geben wir den Bericht eines deutschen Kollegen aus dem Werk Hannover-Stöcken (und Auszüge aus der Diskussion) wieder, der aus der Sicht eines kritischen Gewerkschafters die Reaktion seiner Kollegen in Stöcken beschreibt.

Wie könnte es anders sein: Noch viele Steine behindern den Weg des gemeinsamen Widerstandes, noch viele Aufgaben warten auf die Aktiven!

Ein französischer Kollege spricht in Hannover:

Xavier Mathieu, CGT-Kollege aus dem Werk Clairoix (übersetzt von Pierre Rubeck): Gesamtbetriebsratsvorsitzender der Conti-Werke in Frankreich:

»*Wir erleben heute morgen alle zusammen einen historischen Moment. Ihr seid rund 800 Kollegen aus Stöcken, die von denselben kriminellen Bossen und Aktionären von Continental entlassen werden sollen wie wir aus dem Werk Clairoix, die heute nach Hannover gekommen sind. Und ihr, die Kollegen aus Saargemünd (Frankreich), Opfer derselben Lügen, derselben verlogenen Worte der Bosse, die Euch mit dem Verlust Eurer Arbeitsplätze erpressen, ihr seid auch heute morgen hier in Hannover. Ihr, die 1120 Kollegen aus Clairoix, mit dem Sonderzug gekommen, vereint in derselben Wut, in derselben Entschlossenheit unser Recht und das Recht unserer Familien, unser Leben bis zum Schluss zu verteidigen, ihr seid ebenfalls heute morgen in Hannover. Und Ihr, die Werktätigen aus der Region Hannover, Ihr seid derselben Arroganz der Arbeitgeber, derselben Arbeitsplatzerpressung, derselben Entlassungsdrohung von Aktionären ausgesetzt, die nur an ihr Vermögen denken, Ihr seid heute morgen auch mit uns.*

Ja, in der Tat, wir haben uns heute morgen hier versammelt, um den Aktionären von Continental zu zeigen, dass wir wütend sind. Auf diese Aktionäre, die auf dem Rücken ihrer 140.000 Mitarbeiter Milliardengewinne eingefahren haben, zwei Milliarden waren es noch 2008, und die noch weitere Werke schließen wollen. Wir sind hier versammelt, dass kein Mitarbeiter des Konzerns, weder in Deutschland noch in Frankreich, auf die Straße geschmissen wird. Sie sollen wissen, dass unsere Wut riesig ist und dass wir sie nicht in Ruhe lassen werden, dass wir nicht aufgeben werden.

Wir haben alle das Gefühl, dass dies ein historischer Moment ist, denn er birgt eine immense Hoffnung, ja, wir wissen, wir fühlen, dass wir heute stärker sind als gestern. Wir, die Werktätigen aus Deutschland und aus Frankreich, die wir damit begonnen haben, die künstlichen Gräben zu überwinden, die unsere Bosse versuchen, zwischen uns zu ziehen. Hier bei Continental hat man versucht, uns in Kategorien zu spalten: Arbeiter, Angestellte, Werkmeister und Führungskräfte, dann zwischen den einzelnen Standorten, als ob wir, die Werktätigen, mit unseren anderen Kollegen in Konkurrenz stünden, dann zwischen den Ländern, zwischen Frankreich und Deutschland. Aber unsere Lungen haben sich mit demselben Gummistaub vollgesogen, unsere Glieder sind vom selben Arbeitstempo und denselben schlechten Arbeitsbedingungen kaputt. Ja, wir sind an dieselbe Kette gefesselt, die unglaubliche Gewinne an einem Ende und Mühsal und Hoffnungslosigkeit am anderen Ende produziert. Diese Spaltungen haben nur einen Zweck. Wir sollen vergessen, dass wir, die Werktätigen, gemeinsame Interessen haben, dass wir, wenn wir unsere Kräfte zusammenschließen, alle Arbeitgeberpläne zum Scheitern bringen können.

Die Großaktionäre, die von Continental, von Michelin, von Goodyear, die von Opel, von Peugeot, von Volkswagen, Renault, Ford, Daimler, Porsche haben einen riesigen Batzen Kapital angehäuft, hunderte von Milliarden. Sie stehen vielleicht im Wettbewerb miteinander, aber sie können sich auch verbünden, um den Krieg gegen die Arbeiter zu führen, sie sind vereint in ihren gemeinsamen parasitären Interessen. Und in den Regierungen ist es genau dasselbe. Sarkozy und Angela Merkel, man könnte sie gegeneinander austauschen, sie verteilen Milliarden an die Banken, an die Aktionäre, und lassen zu, dass Tausende Werktätige auf die Straße geworfen werden. Die Werktätigen können für sie krepieren.

Aber heute sind wir hier in Hannover versammelt und zeigen damit, dass sie uns mit ihren Lügen nicht mehr reinlegen können. Unsere Bosse und Aktionäre stehen zusammen wie die Nullen auf 500 Euroscheinen, aber wir sind vereint wie die Finger einer Hand, um zusammen zurück zu schlagen und unser Recht auf Leben zu verteidigen. Das Los, das uns die reichen Aktionäre zugedacht haben, ist kein unabwendbares Schicksal. Wir müssen gemeinsam handeln, entschlossen alle Hindernisse überwinden, zu allem bereit sein, um unsere Zukunft und die unserer Familien zu garantieren. So können wir ihre Pläne durchkreuzen und das Blatt wenden. Die Milliarden, mit denen heute die Familie Schaeffler spielt, wurden durch unsere eigene Arbeit geschaffen. Ohne uns sind die Bosse und die Reichen nichts. Die Bosse und ihre Diener und in erster Linie die Regierungen in Deutschland wie in Frankreich faseln von Wettbewerbsfähigkeit, von Konkurrenz, vom Marktzwang, das wäre das unausweichliche Schicksal, das die bedauernswerten Bosse zwingt, Fabriken zu schließen, tausende Arbeitsplätze zu streichen, ganze Regionen in den Ruin zu treiben.

Sie verspotten uns, sie lügen, dass die Balken sich biegen: Die Stilllegung eines Betriebs ist kein Schicksal, das ist eine Wahl, eine menschenunwürdige und unannehmbare Wahl, die einen einzigen Grund hat, mehr Geld zu gewinnen. Wir können sie durch Kampf dazu zwingen, dass ihr Vorhaben scheitert, dass sie eine andere Wahl treffen, denn diese Wahl haben sie. Ausschlaggebend ist das Kräfteverhältnis zwischen ihnen und uns.

»... stolz., die Trennung überwunden zu haben!«

Es ist wirklich schon lange her, dass es eine Versammlung von Werktätigen aus Deutschland und Frankreich gegeben hat, die Seite an Seite in einem gemeinsamen Kampf gegen einen gemeinsamen Boss stand. Wir von Continental haben das gemacht, trotz der Hunderte Kilometer, die uns trennen sollten. Und wir können stolz darauf sein, diese Trennung überwunden zu haben, stolz darauf, dass wir die-se Versammlung gegen die Aktionäre zustande gebracht haben. In Clairoix haben wir uns zusammen getan, alle vereint zum Kampf, von Compiègne nach Reims, von Paris nach Saargemünd und heute haben wir uns aufgemacht an die Seite unserer Kollegen aus Hannover. Wir haben gezeigt, dass wir gehen können, wohin es uns beliebt. Mit der Hilfe der Kollegen der anderen Continental-Standorte und der anderen Werktätigen, die uns ihre Solidarität zeigen wollen, haben wir unsere Abgeschiedenheit, in der wir krepieren sollten, überwunden. Wir werden den Aktionären von Continental einen Antrag überreichen. Wir fordern, dass kein Mitarbeiter von Continental entlassen und auf die Straße geworfen wird. Dieser Antrag ist genau der, den ihr in Deutschland an den Vorstand gerichtet habt. Dieser Antrag ist ein Ultimatum!

Die heutige Demonstration ist nicht das Ende, sie ist kein Begräbnis erster Klasse, sie ist der Anfang. Wir haben uns mobilisiert und jeden Tag mehr Unterstützung erhalten. Wenn man uns nicht anhört und unsere schwarz auf weiß schriftlich vorgelegten Forderungen erfüllen will, ist unsere

Antwort auf den Krieg, den uns die Aktionäre erklärt haben, der Gegenangriff der Werktätigen. Wir haben nichts zu verlieren. Die Opfer, die dieser Kampf von uns fordern wird, sind nichts gegen die Opfer, die uns für den Rest unseres Lebens von unseren Bossen und ihren Handlangern, ihren offenen und versteckten Verbündeten aufgezwungen werden. Natürlich wissen wir nicht, wie dieser Kampf, den wir vor uns haben, ausgehen wird. Aber wir werden ihn kämpferisch bis zum Ende unserer Kräfte führen.

Was auch immer geschehen wird, wir können die Steine, die man uns in den Weg legen wird, überwinden. Und glaubt mir, es werden viele Steine sein, ganze Felsbrocken. Aber wenn wir unseren Kampf bis zum Ende führen, gewinnen wir etwas, was keiner uns mehr nehmen kann. Ich spreche von unserer Würde, der Würde der Werktätigen, von aufrechten Frauen und Männern, die ihrem Schicksal die Stirn bieten. Wir werden für den Rest unseres Lebens in den Spiegel schauen können, ohne uns zu schämen. Sie wollten uns das Rückgrat brechen und wie die Schafe zur Schlachtbank führen. Aber nein, sie haben es mit kämpfenden Werktätigen zu tun, die ihrem Schicksal die Stirn bieten.

Ich will allen Kollegen danken, die heute hier in Hannover zusammen gekommen sind, Euch allen, die ihr uns herzlich empfangen habt, uns alle als die Werktätigen einer Familie. Geschlossen und Seite an Seite stehend verteidigen wir unsere gemeinsame Zukunft, die der Kollegen von Continental wie auch die der Kollegen in anderen Betrieben und Unternehmen. Danke, dass Ihr uns neue Kraft für den Kampf gegeben habt! Wir schwören, dass wir alles tun werden um unserer gemeinsamen Hoffnung gerecht zu werden. Nieder mit den kriminellen Aktionären, die uns ins elende Schicksal schicken wollen! Es lebe die Continentale Solidarität in Deutschland und in Frankreich!

Die Leute hinter uns, die Aktionäre, reden nur mit ihrem Geld, wir reden mit unserem Herzen. Vielen Dank an Alle!«

Bericht eines Kollegen der Conti-AG Hannover-Stöcken

»Seit 1999 gibt es eigentlich auf jeder Aktionärsversammlung der Continental-AG Belegschaften aus anderen Ländern, die dort ihre Anliegen zur Sprache bringen, angefangen von den US-amerikanischen Kollegen aus Charlotte (North Carolina), die damals über ein Jahr ausgesperrt waren und nach einer großen Kampagne erstmals die Hauptversammlung in Hannover benutzt und erreicht haben, dass sie ihr Werk wieder betreten konnten und die Streikbrecher nach Hause geschickt wurden, bis zu den mexikanischen Kollegen aus Guadalajara, die über drei Jahre lang in Streik und Aussperrung waren. Es folgten die Kollegen aus dem anderen mexikanischen Reifenwerk, aus San Louis Potosi. Auch sie waren mehrfach auf der Hauptversammlung und haben dort die für unsere Ohren unglaublichen Machenschaften des Unternehmens angeprangert und erreicht, dass sie sich mit anderen Belegschaften verbunden haben, ihr Thema nicht nur örtlich, sondern international eine Rolle spielte.

Die Geschichte der Continental-Reifenwerke in Europa ist geprägt von dem, was jetzt passiert, das alles ist keine neue Erscheinung. Seit Öffnung der Grenzen werden immer größere Teile der Produktion in osteuropäische Länder verlegt, vor allem nach Tschechien, die Slowakei, Rumänien. **Planmäßig werden Überkapazitäten aufgebaut im eigenen Konzern, aber auch in der Reifenindustrie insgesamt, und in jeder Krise wird das älteste und teuerste Werk abgeknipst.** Das ist in Belgien so passiert, in Schweden, in Österreich, in Irland, in Schottland, in den USA und auch in Mexiko. Diese Masche trifft uns im Moment auch wieder. Es gibt im Moment eine Kapazität von 125 Millionen PKW-Reifen jährlich aller Reifenfabriken, abgefordert werden davon im Moment knapp 100 Millionen. **Der wiederkehrende Aufbau von Überkapazitäten wird damit begründet, dass man in Boomzeiten den Konkurrenten Marktanteile abjagen will. Ist man nicht erfolgreich, werden diese Kapazitäten wieder stillgelegt, dies ist ein ganz normales Geschäft und für diesen Konzern nichts Besonderes mehr. Der Konzern entwickelt sogar Ablaufpläne, wie die Stilllegung zu erfolgen habe, was man alles beachten muss, Werksschließungen hat er inzwischen professionalisiert, er hat eigens eine Abteilung, die sich gut auskennt.**

In Hannover gibt es noch zwei Werke von Conti, eines in Vahrenwald (ContiTech), das andere in Stöcken, insgesamt 3000 Beschäftigte, davon 1000 in Forschung und Entwicklung, 1500 in der industriellen Produktion (LKW-Reifen und Materialvorbereitung, Mischsaal), der Rest in Stabsfunktionen für den Konzern. Wir hatten vor zweieinhalb Jahren eine große Auseinandersetzung um die Schließung unserer PKW-Reifenfabrik dort, betroffen waren 400 Kollegen. Sie war eine der bestverdienenden Fabriken im Konzern, ihre Verlegung nach Tschechien sollte aber noch mehr Profit bringen. Es gab einen riesigen Aufschrei und eine große Bewegung in der Belegschaft, die aber letztlich nicht erfolgreich war, weshalb auch heute viele Kollegen skeptisch sind, wenn es darum geht, die nächste Abteilung zu verteidigen. Wir haben in Stöcken eine lange Geschichte der Zugeständnisse an die Continental, die Zeiten der freundlichen Sozialpartnerschaft, die es durchaus gegeben hat und die man noch in alten Akten des Betriebsrates findet, sind vorbei: Damals beispielsweise erfand man bei Unmutsäußerungen im Betrieb Zulagen. 1992 war der Anfangslohn für den Handwerker noch 50 Pfennig höher als die höchste Metall-Lohngruppe, also die Bezahlung war früher überdurchschnittlich. Die Zeiten sind vorbei, wir liegen heute auf dem Level des normalen Flächentarifs.

Es hat Jahrzehnte keine Auseinandersetzung gegeben, in der die Kraft der Belegschaft gefordert wurde, sie ihre Kraft einbringen musste. Die Stellvertreterpolitik von IG BCE und Betriebsräten ist deshalb tief in den Köpfen vieler Kollegen verwurzelt. Viele betrachten die Gewerkschaft noch immer als »Vollkaskoversicherung ohne Selbstbeteiligung«. Diese Vorstellungen werden erst dann auf die Probe gestellt, wenn das Messer ganz eng an der Kehle sitzt. Dann werden wir vielleicht bemerken, wie viel Potenzial auch in einer sonst so ruhigen Belegschaft schlummert. Leider ist es dann meistens schon zu spät, diese Talente zu entfalten. Wir erleben, wie einerseits ungeahnte Kräfte freiwerden, andererseits sind aber auch Stimmungen wie Resignation, Enttäuschung und ein gewisses Misstrauen gegenüber Gewerkschaft und Betriebsrat durchaus an der Tagesordnung. Also eine Mischung, die schwer zu berechnen, aber auch schwer zu mobilisieren ist.

Seit Jahren: Eine lange Kette an Zugeständnissen

Die lange Kette der Zugeständnisse an die Geschäftsleitung wurde der Belegschaft fast immer mit Drohungen (Standortschließung, Standortverkleinerung, Produktionsverlagerung) abgepresst. Also, wir haben seit 1998 ein Schichtmodell, das 21 Schichten läuft, sieben Tage rund um die Uhr, was technisch im Reifenwerk nicht wirklich nötig ist, aber den Lebensablauf der Beschäftigten ganz deutlich verändert. Es gab Vereinbarungen zur Einführung von Leiharbeit gegen Zusagen zur Sicherung bestimmter Arbeitsplätze, es gab eine Kette von Vereinbarungen zur Verlängerung

Die französischen Kollegen gemeinsam mit deutschen Conti-Arbeitern

der Arbeitszeit ohne Lohnausgleich, der Tarifvertrag der IGBCE gibt das her. Mit Zusagen zur Beschäftigungssicherung sind zwei Abteilungen inzwischen auf die Schnauze gefallen, die PKW-Reifenfabrik gibt es nicht mehr und in der LKW-Abteilung sehen wir jetzt, dass es nicht einmal ein Dankeschön dafür gibt.

Das Bestreben, sich eine Weile Ruhe zu erkaufen, diese Hoffnung ist ständig wieder enttäuscht worden. Verwundert bin ich, wie wenig lernfähig diese Gewerkschaft, aber auch die eigenen Kollegen, auch die Kollegen anderer Betriebe sind. Kaum ist die eine Bude geschlossen, die Zusagen der Beschäftigungssicherung gegen Arbeitszeitverlängerung vereinbart hatte, unterschreibt der nächste Conti-Betrieb schon wieder eine ähnliche Vereinbarung. Die letzte ist jetzt vom 15. April diesen Jahres mit freiwilligem Lohnverzicht in der Hauptverwaltung. Jeder Betrieb lässt sich einzeln erpressen, die wirkliche Zusammenarbeit über GBR oder KBR lässt noch auf sich warten.

Am 11. März diesen Jahres wurde zeitgleich im französischen PKW-Reifenwerk in Clairoix mit etwa 1100 Beschäftigten und bei der Conti in Stöcken, dort LKW-Reifenproduktion und Materialvorbereitung, in kurzen, dürren Worten ohne jegliche Vorankündigung die Schließung zum 31. Dezember 2009 bekannt gegeben. In Clairoix sind Eier und andere Gegenstände in Richtung Podium geflogen, also die Verkündigung dort war sehr kurz, die Geschäftsleitung hat auf dem kürzesten Wege das Weite gesucht. Die Kollegen dort nördlich von Paris – beschäftigt in einer Region ohne größere Betriebe – sind direkt in den Streik getreten für drei bis vier Wochen, haben erstmal keine Reifen produziert. Unterdessen hat man sich mit den Kollegen in Deutschland verständigt, dass man auf der Hauptversammlung der Aktionäre der Continental-AG in Hannover am 23. April gemeinsam auftreten will.

In Stöcken waren die Kollegen geschockt und wütend, es gab zwei Betriebsversammlungen und zwei Kundgebungen: Eine direkt auf dem Werkshof und Tage später eine große Kundgebung vor der Hauptverwaltung der Conti mit Unterstützung aus hannoverschen Betrieben und vielen Delegationen aus anderen Conti- und Schaeffler-Betrieben. Die französischen Kollegen haben – zwei Tage bevor sie im Sonderzug nach Hannover gereist sind mit der kompletten Belegschaft, unterstützt von Bürgern der Region, so der Bürgermeister mit Schärpe – ein Gerichtsurteil kassiert, dass die Schließung rechtens sei, obwohl die Geschäftsleitung ihre Informationspflichten gegenüber den Belegschaftsvertretern nicht eingehalten hatte. Aus Wut und Empörung sind sie durch die örtliche Präfektur marschiert: Möbel, Computer und Akten wurden verrückt, Scheiben gingen zu Bruch, ebenfalls die Pförtnerbude ihres Betriebes. Angriffe auf die Präfektur sind in Frankreich in größeren Auseinandersetzungen schon häufiger vorgekommen.

Die französischen Kollegen sind da!

In Hannover erwarteten Polizei und IG BCE höchst nervös die Ankunft dieser französischen Kollegen. Die Kundgebung in Hannover verlief dann friedlich, stimmungsvoll. Auf dem Weg zu uns waren die französischen Kollegen noch in Belgien zwei Stunden auf dem Abstellgleis festgehalten worden, um zur Eröffnung der Hauptversammlung nicht pünktlich sein zu können. In Hannover stand an diesem Tage in beiden Betrieben in Vahrenwald und Stöcken die Produktion komplett still, was es lange nicht gegeben hat. Die deutschen Kollegen sind vom Werkstor gemeinsam zum Bahnhof gezogen, um die französischen Kollegen abzuholen. Die Kollegen aus Hannover konnten sich dann davon überzeugen, dass die französischen Kollegen keine Vandalen sind, sondern freundliche Kollegen, die den gleichen Dreck und Ruß am Arbeitsplatz einatmen und in der gleichen Lage sind. Vor dem Gebäude der tagenden Conti-Aktionäre gab es mehrere Redebeiträge. Die **mexikanischen Kollegen aus San Louis Potosi** haben sich gegen neueste Angriffe der Conti gewehrt, einfach die Tarife um 5 Prozent zu kürzen und weniger zu zahlen. Die **französischen Kollegen** haben in deutlichen Worten gesagt, was sie von der Politik des Conti-Vorstandes halten, den Vorstandsvorsitzenden als Arschloch gerufen, worüber die Presse hier besonders berichtet hat, nachdem brennende Reifen und Zerstörungen ausblieben. Stattdessen formulierten zwei europäische Belegschaften ihren gemeinsamen Protest. Auch die Euro-Betriebsräte hatten erstmals ihre Tätigkeit auf die Straße verlegt. Erreicht werden konnte zumindest bis jetzt, dass der als feststehend verkündete Beschluss der Schließung beider Werke in Frage gestellt wurde.

Als Folge der Zerstörung der Pförtnerbude in Clairoix wurden die französischen Kollegen ausgesperrt[1]. Die Geschäftsleitung bemühte das Argument, die betriebliche Sicherheit sei nicht mehr gewährleistet. Auf die nahe liegende Idee, einen Container für den Pförtner aufzustellen, kamen sie nicht. **Die Kollegen in Clairoix, die in fünf verschiedenen Gewerkschaften organisiert sind, welche sich gelegentlich schwer beharken, in entscheidenden Momenten aber einig sein können**, sitzen heute ohne Geld da. Der Betrieb ist geschlossen. Die Geschäftsleitung ist abgehauen. Für die Belegschaft gibt es keinerlei Gesprächspartner. Die französischen Kollegen haben daraufhin gedroht, dass sie solange Conti-Betriebe besetzen wollen, bis sie einen Gesprächstermin bekommen.[2]

Conti hatte den klugen Schachzug gemacht, nach der Aussperrung in Clairoix die Produktion sofort auf andere Conti-Betriebe zu verteilen, nämlich nach Aachen, nach Korbach, nach Saargemünd. Also, der Aachener Betriebsratsvorsitzende hat gut die Nachricht verkauft, im Juni würde die Kurzarbeit in Aachen zurückgenommen. In Saargemünd gab es durch den Besuch einen Betriebsstillstand, nach etwa acht Stunden erhielten die Kollegen aus Clairoix ihren geforderten Gesprächstermin mit der Geschäftsleitung.

Das Gespräch fand am 12. Mai statt. Als erster Erfolg wurde die Wiederinbetriebnahme der Fabrik zum 2. Juni verabredet und Gesprächstermine über den weiteren Ablauf. Es gibt für Clairoix einen ernsthaften arabischen Interessenten, der die Reifenfabrik mit Belegschaft kaufen möchte. Conti ziert sich, will gar nicht verkaufen, sondern lieber das Werk plattmachen. Das kommt in Frankreich gar nicht gut an.

1) 2) siehe auch den **Nachtrag** zu diesem Bericht

In **Hannover-Stöcken** gibt es eine andere Entwicklung. Bevor man über Betriebschließungen redet, fordert hier die Belegschaft, dass die Kurzarbeit bis zum Ende genutzt wird, die Zeit der Kurzarbeit zur Weiterbildung genutzt wird. Die Masse der in der Produktion Beschäftigten sind Un- und Angelernte, die schlechte Chancen haben, einen vergleichbar bezahlten Arbeitsplatz zu finden. Zum Jahresanfang gab es schon eine unterschriebene Vereinbarung mit der Geschäftsleitung, die vorsah, Kurzarbeit so weit wie möglich zu nutzen, eine Arbeitszeitverkürzung von zweieinhalb Stunden pro Woche ohne Lohnausgleich, im Gegenzug sollten 128 gefährdete Arbeitsplätze nicht zum Jahresende abgebaut werden. Die örtliche Geschäftsleitung hatte diese Vereinbarung unterschrieben, der Konzern hat sie widerrufen.

Inzwischen scheint es Spannungen zwischen Vorstand und Aufsichtsrat zu geben. Der Vorstand durfte zwar in der Aufsichtsratssitzung sein Konzept der Werksschließungen vorstellen, wurde allerdings zu weiteren Hausaufgaben verdonnert, was einer ersten Verschiebung der Werksschließungen gleichkommt. Für Stöcken kristallisiert sich heraus, dass der Schließungsbeschluss in weite Ferne geschoben wird, die Möglichkeit der Kurzarbeit in der Tat genutzt wird, ehe man die nagelneue und frisch renovierte Reifenfabrik schließt. Das sind keine riesigen Erfolge und der Punkt, der eigentlich sinnvoll wäre: Wir wollen die Produktion so erhalten – ist natürlich ein Eingriff in das Innerste eines Unternehmers, nämlich die Verfügungsgewalt darüber, was, wo, wann produziert wird, also da wagt man sich als Belegschaft, die wenig Kampferfahrung hat, an das höchste Gut heran. Dazu bedarf es auch einer Belegschaft, die einen langen Atem hat und wild entschlossen ist. Das ist bei uns sehr gemischt. Aber die erste Forderung, wir wollen die Kurzarbeit nutzen, wir wollen die Betriebsschließung vom Tisch haben, zumindest verschoben bis Ende 2010, scheint erfolgreich.

Da gibt es auch ein starkes Interesse der niedersächsischen Landesregierung, die der Schaeffler-Gruppe, die ja auch in Niedersachsen die Hand aufhält und Milliarden haben möchte, klar zur Bedingung macht, keine Werke in Hannover vor der Haustür zu schließen. Solches würde die Landesregierung sicher nicht belohnen. Mit Unterstützung aus dieser Richtung hatten wir nicht gerechnet.

IG BCE: Sozialpartnerschaft bis zuletzt

Was sich bei der ganzen Auseinandersetzung wiederholt, ist die **Grundhaltung der IG BCE**, die die Sozialpartnerschaft an die erste Stelle ihres Handelns und Denkens rückt. Mit dem Modell Deutschland, Deutschland Nummer eins, will sie ihre Programmatik der Standortlogik auch anderen Gewerkschaften empfehlen. **Wenn man diese Standortlogik konsequent durchdenkt, dann ist natürlich jeder Kollege aus einem ausländischen Reifenwerk ein Konkurrent – und so werden sie auch behandelt.** Natürlich tauscht man mit ausländischen Kollegen Informationen aus, das eine oder andere geht schon über den Tisch, aber wenn es um die Wurst geht, als es beispielsweise darum ging, die Euzkadi-Kollegen zu unterstützen, die über drei Jahre ausgesperrt waren, wurden eher Vorurteile über die mexikanischen Kollegen verbreitet. Mit Schauermärchen wurde versucht, eine gemeinsame Aktivität mit den ausländischen Kollegen zu unterbinden. Es gibt leider zu wenig Initiativen, wo deutsche Kollegen erfahren können, wie ihre ausländischen Kollegen arbeiten. Bei VW gibt es Arbeitskreise zu den einzelnen Ländern, bei der IG BCE steht das leider nicht im Mittelpunkt. Den mexikanischen Kollegen von Euzkadi wurde in den vergangenen Jahren sehr deutlich die kalte Schulter gezeigt. Das hat sich zwar

Der Eingang der Unterpräfektur in Compiègne am 21. April

in den letzten Jahren etwas gebessert. Die Deutschen gewöhnen sich daran, dass ausländische Kollegen regelmäßig zur Hauptversammlung der Conti-AG kommen. Aber der Umgang jetzt wieder mit der ausgesperrten Belegschaft in Clairoix ist meiner persönlichen Meinung nach wirklich skandalös: Es gab eine Erklärung des Präsidiums des Euro-Betriebsrats, die zeitgleich mit der Besetzung des Contiwerks in Saargemünd herauskam, die sich vom Vorgehen der Kollegen distanziert. Also, der Sprengpilz ist gesät und auch schon aufgegangen.

Auszüge aus der Diskussion:

Nachfrage zur Demonstration in Hannover: Es herrschte unter den Kollegen keine riesige Begeisterung, eine Schicht dran zugeben und vor die Aktionärsversammlung zu ziehen, zumal die Kollegen ja schon zweimal unter Führung der IG BCE demonstriert hatten. Dennoch setzte sich durch: Wenn die französischen Kollegen nach Hannover kommen, dann können wir in Stöcken nicht zurückstehen. Also, die Beteiligung war deutlich höher als üblich. Es gab einen Tag vorher noch Versuche, eine gemeinsame Demonstration mit den französischen Kollegen vom Bahnhof zum Congress-Center zu verhindern. Doch der Schwung hatte sich so entwickelt, dass die IG BCE gar nicht mehr anders konnte. Es war eine stimmungsvolle Demonstration, die Masse der Kollegen hatte solch lautstarke Demo – unterstützt von Knallkörpern – noch nicht erlebt, solche Dinge waren ungewöhnlich, so laut war der Bahnhof Hannover auch in Zeiten der Messe noch nie gewesen. Wir haben ja zwei Stunden auf die französischen Kollegen am Bahnhof gewartet, die derweil auf dem Abstellgleis standen, irgendwo. Der Empfang und einen halben Tag lang mit den französischen Kollegen gemeinsam und in gemischten Blöcken zu demonstrieren war für die Belegschaft sehr beeindruckend.

Die gemeinsame Demonstration zurück zum Bahnhof wurde vom zuständigen Sekretär der IG BCE abgesagt, weil ihm Knaller und bengalisches Feuer nicht gefielen. So mussten die ausländischen Kollegen den Rückweg zum Bahnhof allein finden.

Es gab hinterher in der Belegschaft eine Diskussion um einen Gegenbesuch bei den französischen Kollegen. Dies erweist sich aber als schwierig, weil die Kontakte nicht wirklich vorhanden sind und es von der IG BCE die inoffizielle Ansage gab, mit denen machen wir gar nichts mehr zusammen, weil die französischen Kollegen sich an Absprachen mit Bezug auf Aachen nicht gehalten hätten.

Nachfrage zur Erwartung der französischen Kollegen: Die Hoffung der französischen Kollegen, dass ihnen die IG BCE und die deutschen Kollegen beim Widerstand gegen die Betriebsschließung behilflich sind, diese Vorstellung ist deutlich enttäuscht worden. **Der Empfang in Aachen war deutlich in der Hinsicht, wie man nicht miteinander umgeht.** Die Erklärung des europäischen Betriebsrats spricht auch für sich: *»Wir verurteilen natürlich jede Ge-*

Paris: Massives Polizeiaufgebot verhindert eine Demonstration der Conti-Arbeiter aus Clairoix auf dem Place vendôme

walt sowohl gegen Menschen wie auch gegen Sachen und unsere Betriebsräte in Saargemünd haben mit hoher Verantwortung und persönlichem Einsatz Schlimmeres verhindert. Aber diesen Menschen, die im Werk Saargemünd protestiert hatten, war eine Arbeitsplatzgarantie bis zum Jahre 2010 mit dem örtlichen Management zugesagt worden, erkauft durch die Einführung der vierzig Stundenwoche. Wer so einen Vertrag rechtswidrig bricht, indem er die Schließung des Werkes bis 2010 verkündet, der gießt Öl ins Feuer und provoziert natürlich eine Form der Auseinandersetzung, in der Rechtsbruch als normal angesehen wird. Wir sehen hierin eine große Gefahr und werden uns dazu demnächst beraten.«

Im Text ist also nicht ein einziges Mal von den Kollegen aus Clairoix die Rede, sondern von irgendwelchen Menschen. *»Dass es dieses Mal beim Verbrennen von Rei-*

Nachtrag zu den Ereignissen im Conti-Konzern:

Conti Hannover-Stöcken verschiebt Werksschließung

Am 19. Mai haben sich Vorstand der Continental AG, Gewerkschaft IG BCE und Betriebsräte auf einen »Kompromiss« geeinigt. Danach wird das Werk in Hannover zwar nicht zum Jahresende dicht gemacht, allerdings wird von diesem Zeitpunkt an dort auch vorerst nicht mehr produziert. Die Anlagen werden so weit abgebaut, dass noch eine halbe Million Reifen im Jahr hergestellt werden können – etwa ein Drittel der derzeitigen Menge. Dazu bräuchte es statt der derzeitigen 775 nur noch 300 Mitarbeiter, die vorerst in Kurzarbeit zu 100 Prozent gehen. Ende Juni 2010 entscheiden Vorstand und Gewerkschaft, ob die Nachfrage nach Reifen wieder signifikant anziehen wird.

Ist dies nicht der Fall, scheiden 300 Mitarbeiter im Rahmen eines Sozialplans bis Ende 2010 aus, und das Werk schließt. Von den übrigen 475 Beschäftigten müssen 200 in jedem Fall bereits Ende 2009 gehen, 225 erst im Jahr 2010. 50 Beschäftigte erhalten einen neuen Arbeitsplatz im Konzern. Der Conti-Vorstand geht allerdings davon aus, dass sich der Markt bis Mitte 2010 nicht stark bessern werde.

(FAZ 20.05.09) ■

Der Kampf der französischen »Contis« geht weiter

Werksbesetzung in Saargemünd

Eigentlich wollten die Continental-Arbeiter aus dem nordfranzösischen Clairoix an jenem Tag nach Aachen fahren, um vor dem deutschen Reifenwerk gegen die Schliessungspläne des multinationalen Konzerns zu protestieren. Eine solche Absicht hatten sie jedenfalls zuvor geäussert. Die Folge war, dass vor dem Aachener Werk ein riesiges Polizeiaufgebaut auf sie wartete: Mit mindestens 20 Fahrzeugen waren die Ordnungskräfte aufgefahren, vor dem vollständig abgeriegelten Parkplatz patrouillierte berittene Polizei, in Spezialwagen kläfften mehrere Hunde, vor dem Werkstor stand die Betriebsfeuerwehr bereit, ausserdem zur Überwachung jede Menge Beamte in Zivil. Ein eigentliches Heer der bürgerlichen Staatsmacht war ausgerückt, um den Arbeiterprotest niederzuschlagen. Denn was sich seit einigen Wochen und Monaten in Frankreich abspielt, das soll in Deutschland sogleich im Keim erstickt werden. Die wackeren Hüter von Ruhe und Ordnung waren gut vorbereitet und warteten mehrere Stunden lang auf die kämpferischen Arbeiter aus Clairoix. Doch sie warteten vergebens, die Contis kamen nicht. Wo waren sie bloss geblieben?

»Wir haben gezeigt, dass wir gehen können, wohin es uns beliebt«, hat Xavier Mathieu, der Wortführer der Contis, am 23. April während der Demonstration in Hannover angekündigt. Am Mittwoch, 6. Mai machen sich frühmorgens dreihundert bis vierhundert Arbeiter aus Clairoix mit 60 Autos auf den Weg. Während in Aachen noch immer eine ganze Armee von Polizeikräften auf sie wartet, sind sie längst im französischen Continental-Werk von Sarreguemines (Saargemünd) eingetroffen, unweit der deutschen Grenze zum Saarland. Die deutschen Kollegen hätten die Protestkundgebung vor dem Werk in Aachen abgesagt, deshalb habe man umdisponieren müssen, lassen die französischen Contis verlauten... Sie knacken sogleich die Schlösser der Werkstore, und mit dem Schlachtruf: *»On est chez nous«* (Wir sind bei uns) und *»Continental Solidarité«*, stürmen sie das Betriebsgelände. Einige der dort Beschäftigten verlassen die Hallen und gesellen sich zu ihren kämpferischen Kollegen aus Clairoix. *»Ihr seid die nächsten, die entlassen werden, schliesst euch unserem Kampf an!«*, ruft ihnen Xavier Mathieu zu. Es habe keinerlei Absprache gegeben, sie seien einfach unangekündigt gekommen, beklagt sich demgegenüber der Delegierte der gemässigten Gewerkschaft CFDT und meint: *»Wir müssen nachdenken.«*

Nachdenken muss auch Philippe Gustin, der Staatssekretär für Industrie, nachdem ihn die Forderung der Contis nach einem Dreiergespräch zwischen Belegschaft, deutscher Konzernspitze und dem französischen Staat erreicht hat. Eine Antwort werde am Nachmittag oder am Donnerstag erfolgen. Solange wollen die Contis aus Clairoix im lothringischen Schwesterwerk bleiben. Bis kein genaues Datum feststünde, verkündet Xavier Mathieu, bleibe das Werk besetzt, notfalls auch während Tagen. Zelte und Schlafsäcke haben die Contis nämlich bereits vorsorglich mitgebracht. In den Nebenstrassen vor dem Werk sind die Einsatzfahrzeuge und Mannschaftswagen der nationalen Polizei CRS geparkt. Hinter dem geschlossenen Tor der Werkseinfahrt brennt ein grosser Stapel Reifen und strahlt bis zehn Meter Entfernung sengende Hitze aus. Eine dicke,

schwarze Rauchfahne, die vom Continental-Werk aufsteigt und vom lebhaften Wind nach Osten getragen wird, macht klar: „Dieses Werk ist besetzt."

Seit der angekündigten Schliessung des Reifenwerks im nordfranzösischen Clairoix mit 1100 Beschäftigten sind die Conti-Arbeiter zum Inbegriff eines harten Widerstandes gegen Betriebsschliessungen geworden. Die französische Regierung versucht derzeit, einen Käufer für das Werk zu finden und führt Gespräche mit dem arabischen Investor MAG, der offenbar seit Jahren auf der Suche nach einem Reifenhersteller ist und vor einigen Tagen den Betrieb in Clairoix besichtigt hat. Obwohl Continental erklärt hat, der Weg für mögliche Verhandlungen mit MAG stünde offen, und sogar *»technische Unterstützung«* in Aussicht gestellt hat, machen sich die Contis keine Hoffnung auf eine Übernahme durch den Investor aus Dubai. Denn MAG will die Produktion vor Ort weiterführen, was den Plänen des Reifenmultis zuwiderlaufe, der – wie eine französische Zeitung schreibt – *»im Rahmen der Automobilkrise die globale Reifenproduktion reduzieren«* will, so als wäre für den Bedarf an Reifen hauptsächlich die Anzahl neu produzierter Fahrzeuge und nicht die auf den Strassen gefahrenen Kilometer massgebend.

Auf einem bedruckten T-Shirt der Contis steht: *»Continental Patrons voyoux«* – Continental Besitzer Halunken!. Zuerst hat der Reifenkonzern selber mit neuen, moderneren Werken – beispielsweise in Rumänien – Überkapazitäten geschaffen, und dann diese dazu benützt, einen »Standortwettbewerb« zu veranstalten, um die Arbeiter gegeneinander auszuspielen. Mit einer Standortgarantie bis ins Jahr 2012 wurden die Arbeiter von Clairoix vor zwei Jahren dazu gebracht, für den gleichen Lohn länger zu arbeiten. Inzwischen gibt es zu viele Reifen und Continental beginnt, jene Werke zu schliessen, die weniger Gewinn abwerfen, angefangen mit den 1100 Beschäftigten in Clairoix. *»Man muss aufhören, die Leute zu verarschen!«*, erklärte Xavier Mathieu im französischen Fernsehen, nachdem ein Gericht sich auf die Seite der »Patrons voyoux«, der Besitzer Halunken von Continental, gestellt hatte und die wütenden Arbeiter darauf als Reaktion eine Präfektur verwüstet hatten.

Am 20. Juni in Clairoix: »Wenn sie uns vor Gericht zerren, klagt der Staat damit alle Arbeiter an!«

Der Aachener Betriebsratsvorsitzende von Continental, der auch Vorsitzender des europäischen Konzernbetriebsrates ist, wird in der Presse zitiert, er wolle in der durch die Betriebsbesetzung in Sarreguemines angespannten Lage keine Gespräche mit den Besetzern führen: *»So etwas sind wir nicht gewohnt.«* Es wird Zeit, dass die Betriebsräte in den deutschen Conti-Werken aus ihrem Schlaf der Gerechten erwachen! Gewählt wurden sie nämlich, damit sie die Interessen der Beschäftigten wahrnehmen und nicht jene der Besitzer. Solange Betriebsräte und Gewerkschaften sich die Logik der Unternehmer zu eigen machen, bleibt den von Entlassung bedrohten Arbeiterinnen und Arbeitern nur die Möglichkeit, ihre Interessen selbst an die Hand zu nehmen, und zwar genau so, wie es die französischen Contis vorgemacht haben. ■

Intersyndicale (CGT – CFDT – FO – CFTC – CFE CGC) et comité de lutte de Continental Clairoix

Einstellung der Verfahren gegen die Beschäftigten von Continental

Aufruf an alle Gewerkschaften und politischen Parteien, die Demonstration vom Pariser Nordbahnhof zum Justizministerium zu unterstützen.

Nach dreieinhalb Monaten des Kampfes haben die 1120 Beschäftigten von Continental ihre wesentlichen Forderungen durchgesetzt. Im Rahmen des Kampfes hatten die höchsten Instanzen des Staates ihre Absicht kundgetan, die Continental-Gruppe strafrechtlich für die fortlaufenden Vergehen zu verfolgen, derer sie sich bei der Schließung der Fabrik von Clairoix schuldig gemacht hat. Schwere Vergehen, die zur Folge haben, dass tausende Familien ins Ungewisse gestoßen werden und eine ganze Region ruiniert wird.

Die Regierung, der Staat, die Justiz haben nicht einmal eine Anklage gegen die Unternehmer-Halunken (»patrons voyous«) von Continental eingeleitet, sondern haben diese gedeckt und sich zu Komplizen ihrer Machenschaften gemacht. Darüber hinaus weigern sich die Justizbehörden zu veranlassen, dass die Strafverfolgung von sieben Beschäftigten von Continental eingestellt und sie frei gelassen werden. Am 17. Juli müssen sie vor Gericht in Compiègne erscheinen, angeklagt wegen der Demonstration am 21. April 2009 vor der Unterpräfektur. Es sei daran erinnert, dass nur zwei Stunden nach dieser Demonstration der Regierungssprecher verkündete, der Staat werde endlich seinen Verpflichtungen nachkommen, die er einen Monat zuvor eingegangen war, und eine Zusammenkunft der drei Parteien (Unternehmen/Belegschaft/Staat) organisieren, welche der Präsident der Republik schon am 25. März versprochen hatte.

Die Weigerung des Sprechers des Justizministeriums vom 16. Juni, auf die Forderungen der vereinten Gewerkschaften im Betrieb, einig wie nie zuvor, einzugehen, ist ganz offensichtlich ein Angriff auf alle Arbeiter von Continental, mehr noch, ein Angriff auf alle Arbeiter landesweit. Über die Geiselnahme von sieben Arbeitern oder Gewerkschaftsaktiven hinaus will man die Arbeiter nicht nur für einen legitimen Kampf bestrafen, sondern darüber hinaus allen Arbeitern, die ihre Rechte und ihre Haut verteidigen, zu verstehen geben, dass sie sich vor den Blitzen der Justiz fürchten müssen. Deutlicher, man will zeigen, dass der Staat die wahren Serientäter, die großen Unternehmer, schützt und dass der Staat die Opfer, die ihr Schicksal nicht ohne Widerstand hinnehmen, zu verfolgen und ihm sich zu unterwerfen versteht.

Wir, die Arbeiter von Continental, verweigern uns diesem Schicksal. Wir rufen alle, die mit unserem Kampf und unseren Forderung solidarisch sind, und alle, die das Recht der Arbeiter sich zu verteidigen als Grundrecht ansehen, auf, sich am Mittwoch, den 24. Juni uns anzuschließen und unser Recht auf Anhörung und unsere Forderungen nach Einstellung der Strafverfahren zu unterstützen. E-mail : continental-cgt@wanadoo.fr ■

Kampf um die Einstellung der Strafverfahren

»Solidarisch bis zum Schluss«

Noch sind die Beschäftigten von Clairoix nicht bereit, ihren Posten aufzugeben. Sie wollen erst Ruhe geben, wenn die Strafverfahren gegen ihre sieben Kollegen, darunter der CGT-Delegierte Xavier Mathieu, verfolgt wegen Verwüstung der Unterpräfektur in Compiègne, eingestellt werden. Die Vereinbarung über die Schließung des Werkes in Clairoix ist zwar zwischen Gewerkschaften und Vorstand der Continental AG ausverhandelt, aber noch nicht unterschrieben. Für die Kollegen der Subunternehmen haben die Kollegen sich ausbedungen, dass sie noch für die Räumung des Werks eingesetzt werden.

Für den 24. Juni hatten sie sich zur Demonstration nach Paris gerüstet. Ihre Kraft der Mobilisierung ist intakt geblieben. 800 Demonstranten zogen vom Nordbahnhof zum Platz Vendôme, Sitz des Justizministeriums. Ihre sieben Kollegen sind bedroht von einer Geldstrafe bis zu 75 000 EUR und einer Haftstrafe bis zu sieben Jahren Gefängnis. Am 17. Juli sollen sie vor Gericht in Compiègne erscheinen.

Ihre Absicht, der Justizministerin Alliot-Marie eine Resolution mit ihren Forderungen zu übergeben, scheiterte. Die Minister hatten keine Zeit – Kabinettsumbildung. Auf dem Spruchband über ihren Köpfen konnte man lesen: *»Unternehmer-Halunken werden beschützt, Arbeiter hingegen entlassen und … verurteilt? Schluss mit der Verfolgung unserer sieben Kollegen«*

Am 25. Juni unterzeichneten die zusammengeschlossenen Gewerkschaften, der Staat und der Automobilausrüster Continental den Vorvertrag zur Schließung des Werkes Clairoix, nicht ohne letzte Dramatik: Der stellvertretende Minister Philippe Gustin, der alle Verhandlungen geführt hatte, war im Rahmen der Regierungsumbildung versetzt worden, nur er sollte aber nach dem Willen der Gewerkschaften die Vereinbarung für die Regierung unterzeichnen. So warteten alle Beteiligten. Die Gewerkschaften wollten so offensichtlich sicher stellen, dass die Regierung den Beschäftigten vor ihrer Entlassung zum 31. Dezember die Arbeitslosigkeit finanziert. Darüber hinaus sieht der Text eine Abfindung von 50.000 EUR für jeden Beschäftigten vor, eine Weiterbildungsphase von sensationellen 23 Monaten, vorzeitige Renten für die Ältesten und die Fortzahlung der Versicherung für 21 Monate nach der Entlassung, bezahlt von Conti. *»Das ist eine bittere Unterschrift«*, gestand ein Gewerkschaftsdelegierter, *»lieber würden wir weiter Reifen produzieren.«*

Stand 01.07.09 ■

Nach Regionalzeitung »Courrier picard«

■ WIRTSCHAFTSKRISE IN DER STAHLINDUSTRIE:

Resignation, Wut und erste kleine Schritte

Nicht nur in Deutschland ist die Stahlproduktion halbiert. Die Konzerne der Stahlbranche legen weltweit Hochöfen und weitere Produktionsanlagen still, wie z. B. Verzinkungsanlagen und Kokereien. Zunächst werden die Produktionseinschränkungen in Mittel- und Westeuropa mit Kurzarbeit aufgefangen, 40 000 in Deutschland. In der Krise können Konzerne ohne großen Widerstand von Belegschaft und Betriebsrat umgebaut und rationalisiert werden. Schon in der Hochkonjunktur vorbereitet, kann jetzt an der Sparschraube gedreht und Maßnahmen zur Reduzierung des Personals gegen geschwächte Belegschaften durchgesetzt werden. Gleichzeitig erhalten die Aktionäre ihre Dividende, bei ArcelorMittal z. B. in Höhe von 1,1 Milliarden Dollar. Das ist der Zweck der kapitalistischen Produktionsweise.

ThyssenKrupp

Die weltweit ca. 191.000, davon ca. 85.000 in der BRD Beschäftigten, produzierten im Geschäftsjahr 2007/08 einen Jahresüberschuss von 2,276 Mrd. EUR Am 28.11.08 wird der Geschäftsbericht 2007/08 vorgelegt und vorgeschlagen eine Aktienausschüttung von 603 Mill. EUR Ende Januar 09 vorzunehmen.

Dies bei der Kenntnis, dass in vielen Teilen des Konzerns, vor allem im Autozuliefer- und insbesondere im Stahlgeschäft, Auftragsrückgänge und Stornierungen zu erwarten sind, da seit Mitte Oktober 08 bereits die Erfahrung gemacht wurde, dass die Nachfrage nach Stahl abrupt eingebrochen ist.

Zusätzliche Liquiditätsprobleme treten auf durch den Bau der größten Stahlschmelze in Brasilien – einem in-

tegrierten Produktionsstandort mit eigener Kokerei, Hafen, Kraftwerk, Sinteranlage, Hochöfen und Stahlwerk – und dem Weiterverarbeitungswerk in den USA. Die ursprünglich veranschlagten Investitionskosten von rd. drei Mrd. EUR sind mittlerweile auf acht Mrd. EUR angestiegen. Ebenso deutlich wurde, dass die geplante Rendite von 25 Prozent nicht erreicht werden kann.

Trotz Kenntnis der veränderten Geschäftslage wurden 603 Mill. EUR Dividende aus dem Geschäftjahr 2007/08 im Januar 09 ausgezahlt. Eine öffentliche Kritik der IGM wurde nicht registriert. Gut 14 Tage später nahm Thyssen Krupp eine Anleihe von 1,5 Mrd. EUR auf, um den Liquiditätsrahmen zu erhalten.

Ende November 2008 kündigte Vorstandchef Ekkehard Schulz ein Sparprogramm an, wie die jährliche Kostenbasis um mehr als eine Mrd. EUR gesenkt werden kann. Er schloss Produktionsstillstände, Kurzarbeit oder »Personalanpassungen« nicht aus.

Thyssen Krupp Steel (TKS) setzte zunächst auf Verlängerung der Weihnachtsferien und schickte den größten Teil der Belegschaft in der Sparte Steel zwischen Weihnachten und Silvester nach Hause. Als weiteres Instrumentarium, die Stammbelegschaft zunächst nicht anzutasten, wurde das Abfeiern der Überstundenkonten genutzt, um die Produktionsausfälle zu überbrücken und die Belegschaft »kurzarbeitsfähig« zu machen. Gleichzeitig wurden seit September letzten Jahres 3.000 Arbeitsplätze abgebaut. Darunter fallen 2.100 der 3.700 im Inland beschäftigten Leiharbeiter und rund 900 Beschäftigte mit zeitlich befristeten Arbeitsverträgen. Die Entlassung der Leiharbeiter ist die Voraussetzung der Beantragung von Kurzarbeit.

Mitte Dezember 08 einigte sich TKS in Duisburg mit dem Betriebsrat darauf, dass für über 14.000 Beschäftigte im Februar die Kurzarbeit beginnt, die bis September 09 dauern soll. Ein geringer Teil der in Duisburg Beschäftigten war schon im Januar 09 davon betroffen. Diese Vereinbarung wurde von weiteren Standorten von TKS übernommen, so dass unter die Kurzarbeitregelung 19.000 bis 20.000 Beschäftigte fallen. Anfang Februar befand sich gut die Hälfte der Belegschaft in Kurzarbeit. Die Kurzarbeit wurde später bis 2010 ausgeweitet. Für die in Kurzarbeit befindlichen Tarifbeschäftigten bedeutet dies einen Nettogehaltsverlust von sieben bis zehn Prozent. Um Kurzarbeitergeld zu erhalten müssen Tarifbeschäftigte mindestens drei Tage kurzarbeiten. Die Bedingungen für AT-Angestellte wurden zu ihren Gunsten geregelt, indem sie nur in geringem Umfang Kurzarbeit verfahren mussten.

All diese Maßnahmen führten bei den Beschäftigen, die um das gute Abschneiden im vergangenen Geschäftsjahr wussten, zur Verunsicherung, da keiner wusste, wie es weitergehen soll. Die Angst auf dem Hintergrund der hereinbrechenden Weltwirtschaftskrise um den Arbeitsplatz war allgegenwärtig.

Drohung mit Kündigungen

Anfang Februar 2009 wurde bekannt, dass im Stahlbereich 340 Mill. EUR eingespart werden sollen und, laut dem Vorstandsvorsitzenden Köhler, betriebsbedingte Kündigungen nicht auszuschließen sind. So sollten bei TKS (ca. 20.000 Beschäftigte) 1.500 Arbeitsplätzen gestrichen werden. Detlev Wetzel, der als stellvertretender IGM-Vorsitzender im Aufsichtsrat der TKS (als deren stellvertretender Vorsitzender) sitzt, kritisierte das Vorhaben damit, dass die Arbeitnehmervertreter bisher noch nicht im Aufsichtsrat darüber informiert wurden. Der BR wies insbesondere daraufhin, dass betriebsbedingte Kündigungen im Tarifvertrag »Zukunft Arbeit« bis zum Ende des Geschäftsjahres 2013 ausgeschlossen sind. Der Gesamtbetriebsrat stoppte das Vorhaben mit der Begründung, dass er das Sparprogramm so nicht begleiten werde, da er zuerst eine Prüfung der Plausibilitäten wolle. Für den Fall von Entlassungen drohte der Gesamtbetriebsratsvorsitzende Willi Segerath Widerstand an und fand darin Unterstützung von Detlef Wetzel, der darauf verwies, dass mit betriebsbedingten Kündigungen der Tarifvertrag gebrochen und die Belegschaft sich dies nicht gefallen lassen werde.

Am 26.02.09 fand die von der Arbeitnehmerseite geforderte außerordentliche Aufsichtsratssitzung teil. IGM und Betriebsräte riefen zu einer im Vorfeld stattfindenden öffentlichen Betriebsversammlung auf. Dem Aufruf folgten gut 10.000 Beschäftigte. Sie protestierten vor dem Verwaltungsgebäude von TKS in Duisburg gegen den geplanten Arbeitsplatzabbau. Auf heftige Kritik bei IGM und den Betriebsräten stießen die wiederholt in der Öffentlichkeit getätigten Ankündigungen der Vorstandsvorsitzenden Schulz und Köhler, dass bei der Umstrukturierung und Rationalisierung betriebsbedingte Kündigungen nicht auszuschließen seien. Die Reden der BR und IGM, in denen u.a. auf die auch im letzten Jahr gute Geschäftsentwicklung hingewiesen wurde, waren von Beifall begleitet. Die Reden des Oberbürgermeisters von Duisburg, dem die IGM vorwarf, sie im Stich gelassen zu haben, und der Chefs von Steel hingegen waren von Pfiffen und Buhrufen begleitet.

Nach der Aufsichtsratssitzung verkündete die IGM, dass sie sich mit dem Aufsichtsrat von TKS darauf verständigt habe, dass betriebsbedingte Kündigungen kein Thema mehr seien. Ein Sprecher des Unternehmens kommentierte, dass dies in der jetzigen Situation so richtig sei.

Anfang März wurden neue Zahlen genannt. Nun wollte der Konzern sich doch von 3.000 Beschäftigten trennen. Außerdem wurde Mitte März einer der vier Hochöfen mit einer Kapazität von 4500 Tonnen Rohstahl täglich außer Betrieb gesetzt, wobei auch darauf hingewiesen wurde, dass Entlassungen in diesem Zusammenhang nicht geplant seien. Grund sei die geringe Nachfrage wegen der Konjunkturschwäche.

Der TKS-Aufsichtsrat beschloss am 27.03.09 **mit Zustimmung der Arbeitnehmervertreter** einen radikalen Konzernumbau. Im Vorfeld schlossen die Arbeitnehmervertreter mit der Geschäftsführung ein Eckpunktepapier zur Beschäftigungs-, Einkommens-, und Mitbestimmungssicherung ab, in dem u.a. zugesichert wurde, dass betriebsbedingte Kündigungen als Folge des Umbaus nicht erfolgen werden. Nur bei Akzeptanz des Eckpunktepapiers durch die Geschäftsleitung stimmten die Arbeitnehmervertreter dem Konzernumbau zu.

Ekkhardt Schulz erklärte nach der Aufsichtsratsitzung der Presse gegenüber, dass er eine Garantie für den Ausschluss von betriebsbedingten Kündigungen und Standortschließungen nicht geben könne und nicht geben werde. Auch lasse sich »in keiner Weise« beziffern, wie viele weitere Arbeitsplätze abgebaut werden müssten.

Die Presseerklärung wie auch die zuvor unterschiedlich genannten Zahlen über die Arbeitsplätze, die vernichtet werden sollen, führten in der Belegschaft zu weiterer Verunsicherung. Die Kollegen waren sauer, wütend, aber auch zutiefst enttäuscht, dass ihr »Herr Schulz« die getroffene Vereinbarung über den Haufen warf. IGM und Betriebsräte riefen für den 6. April 09 zu einer Protestkundgebung in Duisburg-Beeck auf. In dem an alle Arbeitnehmer bei TKS gerichteten Aufruf wiesen sie auf die gegenteilige Ankündigung von Schulz zur Vereinbarung mit der Geschäftsführung hin und stellen fest: *»Diese Position können die Beschäftigten nicht hinnehmen! Es darf nicht sein, dass die Beschäftigten jetzt für die Managementfehler der jüngsten Zeit zahlen sollen.«*

Sie forderten, dass betriebsbedingte Kündigungen ausgeschlossen werden, die Entgelte der Beschäftigten unangetastet bleiben und die Mitbestimmung im Konzern erhalten bleiben müsse.

Dem Aufruf folgten rund 14.000 Mitarbeiter aus allen Konzernbereichen, aus Produktion und Verwaltung, insbesondere aus den einzelnen Standorten der Sparte Steel. IGM und Betriebsräte forderten ein Gesamtkonzept, dem die konkreten Maßnahmen zu entnehmen seien, bis zur nächsten Aufsichtsratssitzung am 13. Mai.

Die Kollegen aus der Produktion und Verwaltung folgten den Aufrufen und beteiligten sich an den Demonstrationen, mit der einen Folge, dass an beiden Tagen mehrere Schichten ausfielen.

Die Kollegen wollten es nicht wahrhaben, dass ein so gut aufgestellter Konzern Teile von ihnen loswerden will. Informationen in die Betriebe hinein flossen spärlich. Aus den Medien war wesentlich mehr über das Vorhaben des Aufsichtsrates und der Reaktionen der Betriebsräte und IGM zu entnehmen.

Damit der Aufsichtsrat sich am 13. Mai im Sinne der Arbeitnehmer bewegt, riefen IGM und Betriebsräte zum 11. Mai 09 erneut zu Aktionen auf. Mehr als 15.000 Beschäftigte beteiligten sich an den Demonstrationen und Aktionen in verschiedenen Städten gegen den geplanten Arbeitsplatzabbau für Erhalt der Arbeitsplätze und der Einkommen.

Am 13. Mai wurde das gemeinsam erarbeitete Umbaukonzept vom Aufsichtsrat beschlossen. Die fünf Sparten der ThyssenKrupp AG werden in zwei Divisionen zusammengefasst, Steel, Stainless und Services, Technologies und Elevator. Die Sparten sollen zu Beginn des Geschäftsjahres 2009/10 in zwei Divisionen »Technologies« und »Materials« zusammengeschmolzen werden. Damit wird die Führungsebene gestrafft. Dies hat massive Auswirkungen auf die Führungsebene und den Abbau der Stellen im Verwaltungsbereich. Der Verwaltungsbereich wuchs in den ertragsreichen Jahren überproportional stark an. Im Produktionsbereich, insbesondere der Stahlproduktion, aber auch im Autozulieferbereich und den Werften werden mehr als 2.000 Arbeitsplätze gestrichen.

Arbeitsplatzverluste akzeptiert

Es wurde durchgesetzt, dass die Montanmitbestimmung im Stahlbereich erhalten bleibt. Für den überwiegenden Teil der ThyssenKrupp AG gilt die 1976er Mitbestimmung. Betriebsbedingte Kündigungen wurden ausgeschlossen und vereinbart wurde ein Sozialplan. Dieser sieht vor, dass Beschäftigte ab dem 57. Lebensjahr bis zur Rente mit 63 Jahren 84 Prozent ihres Nettoeinkommens und zusätzlich eine Abfindung für die daraus resultierenden Einbußen bei der Rente erhalten. Dem WDR liegt ein Papier vor, wonach es um exakt 2.105 Beschäftigte geht, die über Altersteilzeit gehen könnten: davon in Duisburg 1.535, in Bochum 261, in Dortmund 177, in Finnentrop 13 und in Siegen 119. Nach Auffassung des Betriebsrats Hollnack *»wird niemand in den Sozialplan getrieben, bloß weil er das richtige Alter hat.«* Wenn er sich da mal nicht täuscht, ist doch die Kostenersparnis durch die Arbeitsplatzvernichtung wesentlicher Bestandteil des festgelegten Einsparpotentials.

Auch glaubt er, dass die Stimmung nicht gut ist, *»aber auch nicht mehr so angespannt wie vor ein paar Monaten. Der von uns ausgehandelte Sozialplan wird akzeptiert«*. Die Einkommensbußen werden je nach eigener Lebensplanung und bestehenden finanziellen Verpflichtungen letztlich, teilweise zähneknirschend, hingenommen. Die Arbeitsplatzvernichtung selbst wurde jedoch nicht verhindert.

In ihrer Gesamtheit teilen die Beschäftigten die Vorgehensweise von IGM und den Betriebsräten. Sie folgten dabei ihrer Praxis die Belegschaft in drei Teile aufzuteilen und im Verhandlungsweg den überflüssigen Beschäftigten den Übergang in die Rente zu ermöglichen, den Auszubildenden eine zweijährige Übernahme zu garantieren und dem Rest der Stammbelegschaft zuzusichern, dass der Arbeitsplatz sicher ist.

Mit den Androhungen, auf betriebsbedingte Kündigungen nicht verzichten zu können, drängte Schulz die IGM, die BR und die Belegschaft in die Defensive. **Eine Auseinandersetzung um den Erhalt aller Arbeitsplätze wurde nicht geführt.** Organisiert wurden die Demonstrationen und Mahnwachen von der IGM und den Betriebsräten. Die Belegschaften folgten den Aufrufen und unterstützten durch ihren Protest ihre am Verhandlungstisch sitzenden Vertreter. Trotz des tiefgreifenden und massiven Abbaues von Arbeitsplätzen ist es ruhig.

Die in den 80er und 90er Jahren herrschende Kampfstimmung, etwa die deutlichen Hinweise, dass die abgebauten Arbeitsplätze dann ja in der Region fehlen, die Arbeitslosigkeit in der jeweiligen Region massiv erhöht wird, keiner der Entlassenen mehr einen Job findet oder die Stahlindustrie gar zu verstaatlichen ist, sind heute nur noch selten zu finden. Hintergründe dieser entpolitisierten Entwicklung sind die durch die weltweite Wirtschaftskrise ausgelösten Ängste um den Arbeitsplatz und die Entsolidarisierung zwischen Beschäftigten und Arbeitslosen. Dieser Entsolidarisierung haben die Gewerkschaften und insbesondere die Betriebsräte in ihrer praktischen Politik nichts mehr entgegenzusetzen, da sie nur an »ihre eigene« Belegschaft denken und für diese handeln.

Salzgitter

Von den 25.000 Beschäftigten im Salzgitter-Konzern arbeiten ca. 6.000 bei Salzgitter Stahl. Mit 25 Prozent Anteilen ist Niedersachsen der größte Aktionär. Im Januar wurde bei Salzgitter Stahl teilweise Kurzarbeit eingeführt. Im März wurde einer der drei Hochöfen stillgelegt, zwei laufen noch mit gedrosselter Produktion. Seit April steht außer der Kokerei der ganze Betrieb in Kurzarbeit. Streckenweise ist die Produktion nur zu 40 Prozent ausgelastet. Nach anfänglich 97 Prozent sind jetzt noch 90 Prozent des Einkommens abgesichert, nach anfänglicher Gegenwehr des Vorstandes vom Betriebsrat durchgesetzt. Keine Einigung wurde bei den Qualifizierungsschichten erzielt, der Betriebsrat fordert hier hundert Prozent Entgelt. Im Angestelltenbereich fragen sich die Kollegen: Wird bei uns nicht getestet, wie bei voller Produktion Personal eingespart werden kann?

Der Vorstand hat zugestanden, in der Kurzarbeitszeit keine betriebsbedingten Kündigungen auszusprechen, was natürlich keine Sicherheit der Arbeitsplätze bedeutet. Schon jetzt verfolgt der Vorstand das Ziel, bei wieder ansteigender Produktion und abgeschmolzener Belegschaft Leiharbeiter nicht mehr mit gleichem Lohn zu beschäftigen.

Die Belegschaft sieht in der Kurzarbeit nach wie vor den Vorteil vermehrter Freizeit. Aus allen bisherigen Stahl-Konjunkturkrisen kennen die Kollegen Abfederungen und keine Entlassungen. Da es im Betrieb auch keine Sparprogramme mit dem Ziel Arbeitsplatzabbau gibt, blickt die Belegschaft noch zuversichtlich in die Zukunft.

ArcelorMittal

ArcelorMittal beschäftigt z.Zt. noch 305.000 Menschen in 60 Ländern. In Europa soll die Zahl der Beschäftigten von 129.800 auf 121.170 gesenkt werden. Durch seine kredit-

finanzierte Einkaufspolitik bei der Herausbildung des weltweit größten Stahlkonzerns – dazu gehören auch Minenanteile – hat Mittal dem Konzern einen Schuldenberg bei den Banken aufgebürdet. Zu diesem Minus kommen Forderungen an den insolventen Konzern GM in Höhe von fünf Milliarden Dollar. Die Tilgung der Kredite sollte über die Gewinne erfolgen. Mit den Riesengewinnen in der Stahlkonjunktur konnte der Konzern 2008 schon zehn Milliarden EUR bei den Banken tilgen. Der enorme Einbruch in der Stahlproduktion brachte Mittal in die Klemme. Im ersten Quartal 2009 hatte der Konzern einen Nettoverlust von 1,1 Milliarden US-Dollar und steht noch immer mit 26,5 Milliarden Dollar in der Kreide. Diese finanziellen Verhältnisse üben Druck auf die Kreditqualität des Unternehmens aus. Eine Umschuldung von elf Milliarden Dollar hat es inzwischen gegeben. Das Management gab an, durch die Schließung kostenintensiver Werke die Fixkostenbasis senken, die finanzielle Stärke des Unternehmens erhöhen zu können (boerse.de, 15.5.09).

Den Preis für die Konzernvergrößerung sollen die Beschäftigten bezahlen. *»Wir tun alles, um Arbeitsplätze zu sichern«*, hörten die Aktionäre Laksmi Mittal sagen, während der weltweit größte Stahlkonzern dabei ist, an seinen Produktionsstandorten Überkapazitäten abzubauen, die Produktion neu zu organisieren, zu rationalisieren. Im April hat der Konzern beschlossen, in Europa ca. 90 Anlagen vorrübergehend stillzulegen. Für das Erzielen möglichst hoher Gewinne werden Arbeitsplätze und Personal überflüssig gemacht, 3000 in den USA, 8630 in Europa (angekündigt waren 6000).

Seit dem 1. April 2009 werden in Rumänien in einem Rotationssystem alle 12.600 Mitarbeiter des Konzerns für jeweils zehn Tage freigesetzt. Mit Massenentlassungen, Kurzarbeit, freiwilligen Kündigungen und Werksschließungen (auch zeitweise) will der Konzern wieder hohe Gewinne erzielen. Der Protest Tausender Stahlwerker blieb wirkungslos. Noch 2008 hatte der Konzern, der 2001 beim Kauf der Hüttenwerke staatliche Hilfen von 1,1 Millionen Dollar erhalten hatte, viele hundert Millionen Euro Gewinne gemacht, war Rumäniens größter Exporteur gewesen.

Während in West- und Mitteleuropa gesetzliche Regelungen zur Kurzarbeit genutzt werden können, gibt es diese in Osteuropa nicht. Hier sind die Gewerkschaften gehalten, sich an die Regierung zu wenden.

Der lothringische Produktionsstandort Gandrange ist seit Monaten geschlossen. Die Belegschaft sollte im 40 km entfernten Florange untergebracht werden, doch da wird nun die Heißphase (vorübergehend) stillgelegt. Im französischen Dünkirchen werden einer von drei Hochöfen und die Kokerei stillgelegt, im wallonischen Lüttich ist die ganze Heißphase (Hochöfen und Warmwalzwerk) seit dem 19. Mai 09 (vorübergehend) stillgelegt. Dabei war versprochen worden, dass Lüttich Brammen aus Dünkirchen erhält. Wie es heißt, will der Konzern die Hochöfen wieder in Betrieb nehmen, wenn die Konjunktur es erlaubt und wenn das Material nicht woanders (billiger) produziert werden kann. Die Dünkirchener Belegschaft sieht schon, dass ihnen bei fehlender Kokerei vorgerechnet wird, die Produktion sei zu teuer.

An den betroffenen französischen und wallonischen Produktionsstandorten schwankt nun die Stimmung der Kolleginnen und Kollegen zwischen kochender Wut und Resignation. In Lüttich wird schon eine Konzernstrategie umgesetzt: 400 Kollegen mit Zeitverträgen wurde gekündigt. Von den stillgelegten Anlagen werden 1400 Stahlwerker – überflüssig für die Steigerung des Profites – in einen »Talent Pool« ausgegliedert, wo sie nur noch eine Grundentlohnung erhalten, Weiterbildungsprogramme bezahlt

der Staat, durch ein Verleihen an andere Betriebe spart der Konzern noch Kosten. Diese Spaltung der Belegschaft sehen kritische Lütticher Kollegen als gefährlich für den Zusammenhalt der in Kurzarbeit stehenden Belegschaft an, denn inzwischen fragen sich die Stahlwerker, wie lange der Standort **Lüttich** überhaupt noch erhalten bleibt. Von einem einmaligen Auftrag von etwa 600.000 t Stahl, durch den die Auslastung der Hochöfen verschiedener Produktionsstandorte im Juni und Juli steigt (in Bremen auf ca. 70 Prozent) erhalten Lüttich und Florange nichts ab.

Der Konzern rechnet nun den Produktionsstandorten, bei denen die Flüssigphase noch läuft, vor, dass sie zu teuer seien, am belgischen Standort Gent wie auch in Eisenhüttenstadt und Bremen.

Im flämischen **Gent** wollte der Werksvorstand nach betrieblichem Widerstand zunächst nicht mit den Gewerkschaftsvertretern verhandeln. Vereinbart wurden dann doch Altersteilzeit für die Belegschaft und eine Umorganisierung der Instandhaltung mit Abbau der Hierarchie und der Nachtschichten. Erprobt wird bereits die Flexibilisierung von Fachpersonal zwischen Gent und Dünkirchen. Zielvorgabe des Konzerns für Gent ist ein Abbau von 980 Arbeitsplätzen.

Auch an den deutschen Standorten **Bremen und Eisenhüttenstadt** sollen die Personalkosten durch Ausgliederung von Betriebsteilen gesenkt werden. Das gehört zum Zuständigkeitsbereich des Arbeitsdirektors, gewerkschaftlicher Mitbestimmungsträger! Selbst wenn die ausgegliederten Kollegen soziale Standards mitnehmen: Es wird für sie eine Arbeitsverdichtung erfolgen, weil die Personalhoheit bei der neuen Firma besteht.

Auf der **Bremer Hütte** fragen sich die gegen die Ausgliederung aktiven Teile der Belegschaft: Warum müssen wir erst wiederholt massiv beim Betriebsrat auftreten, selber aktiv werden, damit IGM und Betriebsrat unsere Interessen bei der Ausgliederungspolitik des Konzerns vertreten? Tief sitzt noch das bisherige Denken, die Lösung sozialer Probleme könne an Stellvertreter in Betriebsrat und Gewerkschaft delegiert werden. Doch diese Erkenntnis von Kolleginnen und Kollegen ist der erste Schritt, die eigene passive Haltung zu überwinden und zu erkennen, dass das eigene Eingreifen notwendig ist. Der Protest der Stahlwerker wurde von der örtlichen IG Metall anlässlich einer Aufsichtsratssitzung in eine Kundgebung umgelenkt und mit einem Tarifvertrag beendet. Doch die betroffenen Kollegen misstrauen der neuen Gesellschaft, in die sie ausgegliedert werden, wie auch dem Betriebsrat: Wo ist der Haken? Was kommt in Wirklichkeit auf uns zu? Warum werden wir ausgegliedert, wenn wir alle Rechte behalten?

In Bremen fasst der Werksvorstand alle Sparmaßnahmen in einem Programm mit Namen »Sprint« zusammen. Über Altersteilzeit und mit Abfindungen sollen 470 Arbeitsplätze eingespart werden, über Ausgliederung weitere

Stahlarbeiter in Brüssel

400, dazu 150 Arbeitsplätze auf anderen Wegen. Die Zielvorgabe für den Abbau in der Personalabteilung (laut Omega-Projekt) stößt auf das Problem, dass hier Ausbildung, Gesundheit, Wiedereingliederung und Qualifizierung mit betroffen werden.

Nach schon erlebten Programmen zur Steigerung der Produktivität und Senkung der Personalkosten und der Verunsicherung durch die Kurzarbeit schlagen sich bei den Bremer Vertrauensleuten die bisherigen Erfahrungen in einer Besinnung auf die ureigensten Interessen nieder. Ausgehend davon, dass die Beschäftigten immer die Verlierer sein werden, wenn sie sich alles gefallen lassen, lehnt der Vertrauenskörper eine Beteiligung der Belegschaft an den Sparmaßnahmen ab und will jede einzelne genau hinterfragen. Mit diesem Ziel wollen die Vertrauensleute in die Gespräche mit den verängstigten Kollegen gehen.

Nach dem Beschluss, den großen Hochofen stillzulegen und 600 Arbeitsplätze abzubauen, hatte die in Kurzarbeit stehende Belegschaft von **Eisenhüttenstadt** (EKO) auf einer Kundgebung in Berlin anlässlich einer Aufsichtsratssitzung protestiert. Sechs Monate Standortgarantie buchten IGM und Betriebsrat als Erfolg und beruhigen damit die ostdeutschen Stahlwerker. Jetzt arbeitet der große Hochofen auf jeden Fall noch bis Ende August.

Durch die Sparbeschlüsse des Konzernvorstandes sahen sich IG Metall, Betriebsrat und EKO-Belegschaft Ende Juni 09 gezwungen, einen neuen Tarifvertrag abzuschließen: Sie verzichten auf die Gewinnbeteiligung von 2008 über 300 Euro und auf den Tarifabschluss vom 1.4.09 (Einmalzahlung von 350 Euro, ab 1.1.2010 2,2 Prozent Entgeltanhebung); sie stimmen einer schrittweisen Arbeitszeitverkürzung zu: am 1.7.09, 1.10.09 und 1.1.10 jeweils um eine Stunde, sie sind dann bei einer 32-Stunden-Woche. Der Konzern wird weniger als 200 Beschäftigte ausgliedern.

Europäischer Metallgewerkschaftsbund sagt Kundgebung in Luxemburg gegen Arbeitsplatzabbau bei ArcelorMittal ab

Am 12. Mai 2009 brachten die Medien Bilder von einem Sturm von Stahlwerkern auf das Tagungslokal der ArcelorMittal-Aktionärsversammlung am Schlossplatz in Luxemburg, Bilder von werfenden Stahlarbeitern und schießenden Polizisten.

Einer Ruhe gewohnten Bevölkerung musste der Eindruck von Chaos entstehen. Diese Art und Weise der Berichterstattung ist typisch für die bürgerlichen Medien: Ein winziger Ausschnitt wird gezeigt, keine Information über den Gesamtzusammenhang, die Masse der Kundgebungsteilnehmer, deren Probleme und Beweggründe.

Während Tausende von Stahlwerkern bei ArcelorMittal ihren Arbeitsplatz verlieren bzw. um ihn bangen müssen, werden den Aktionären des Konzerns 1,1 Milliarden Dollar Dividende ausgezahlt. Diesem krassen Gegensatz, der den betroffenen Stahlarbeitern ins Auge springt, musste sich der Europäische Metallgewerkschaftsbundbund (EMB, Zusammenschluss der europäischen Metallgewerkschaften) stellen. Er rief deshalb die Gewerkschafter an den ArcelorMittal-Produktionsstandorten in fast 20 europäischen Regionen auf, zur Aktionärsversammlung des Konzerns Delegationen für eine Kundgebung vor der alten ARBED-Hauptverwaltung in Luxemburg zu schicken. Eine symbolische Kundgebung unter dem Motto *»An die Menschen denken, nicht nur an Gewinn«* sollte die kleine EMB-Delegation unterstützen, die den 200 tagenden Aktionären acht Forderungen übereichen sollte. Darin wird die Unternehmensleitung von ArcelorMittal aufgefordert, *»die Krise und ihre Konsequenzen in verantwortungsvoller Art und Weise in Angriff zu nehmen«*.

Als die Führung des EMB erfuhr, dass aus den betroffenen französischen und wallonischen Werken nicht nur kleine Delegationen zu erwarten waren, sondern die Belegschaften mobilisiert wurden, sagte sie bei den übrigen Standorten die Kundgebung ab, denn da kämen ja Krawallmacher. Die sozialpartnerschaftlich ausgerichtete EMB-Spitze wollte nicht die Wut der um ihren Arbeitsplatz, um die Existenz ihrer Familien bangenden Stahlarbeiter in die Waagschale im Kampf um die Arbeitsplätze werfen. Ist es nicht eine massive Gewaltausübung, wenn im Interesse der Gewinnausschüttung an Aktionäre Arbeitsplätze vernichtet werden? ArcelorMittal schafft den betroffenen Kollegen schließlich keinen Ersatz für abgebaute Arbeitsplätze. Die Führung des europäischen Metallgewerkschaftsbundes hat also die Masse der um ihren Arbeitsplatz bangenden und kämpfenden Kollegen allein gelassen, ist weggetreten, als es darum ging, die Stahlwerker in ihrem Existenzkampf zu unterstützen.

So fanden ca. 2000 französische und wallonische Stahlwerker eine leere Tribüne vor, als sie mit ihren Transparenten, Magnesiumfackeln und Knallkörpern lautstark auf dem Schlossplatz in Luxemburg-Stadt einzogen. Die beiden Standorte, die ihre Hochöfen verlieren sollten, sahen sich durch die Absage der EMB-Spitze von den Kollegen der anderen Werke des Konzerns isoliert.

Knallkörper werfen gehört zur Demo-Kultur **wallonischer Stahlarbeiter**. Aus ihren Gesichtern sprach die Empörung über die Auszahlung von Dividende an Aktionäre, während sie, die Stahlkocher, den Weg in die Arbeitslosigkeit vor sich sehen. Sie fragten laut: Wann werden die stillgelegten Anlagen wieder hochgefahren? Die **Lütticher** bangten noch um ihre Heißphase. Die **belgischen** Kollegen sind zusätzlich verbittert durch die Kürzung der betrieblichen Zuschüsse zum Kurzarbeitergeld. **Beschäftigte der**

neuen ArcelorMittal-Zentrale, die mitbekamen, dass es um die Verteidigung von Arbeitsplätzen ging, gesellten sich zur Kundgebung. Die Führung des EMB blieb ihr fern. Sie verzichtete auf die Übergabe der acht Forderungen an den Konzern. Neben vielen anderen Standorten haben sich auch das **flämische Gent** und die deutschen Produktionsstandorte vom EMB von der Teilnahme abhalten lassen.

Von der Rednertribüne konnten verschiedene Redner sprechen, die Interessen der Beschäftigten formulieren, ihrer Wut Ausdruck geben. Es sprachen christliche Gewerkschafter, Sozialisten und CGT-Mitglieder, die ihre Kollegen mobilisiert hatten. *»Wenn es zu sozialen Einschnitten kommt, versteht niemand mehr, dass eine Dividende ausgezahlt wird«*, tadelte LCGB-Gewerkschaftssekretär Patrick Dury. *»Die Situation in der Stahlbranche ist dramatisch.«* Eine kleine Gruppe der 2000 Stahlwerker drückte ihre Wut mit Steinewerfen aus und versuchte das mit Gittern abgesperrte und verriegelte Tagungslokal zu stürmen. Polizisten schossen mit Tränengas und Gummigeschossen. Gewerkschaftsvertreter versuchten, die aufgebrachten Kollegen zu beruhigen. Von der Rednertribüne aus war ein energisches STOP zu hören. Doch: Hätten diese Aktionäre ohne die gebrochen Fliesen die Forderungen und Erwartungen der Arbeiter überhaupt gehört?

Weder in Deutschland noch in den Nachbarländern gibt es z. Zt. die notwendige Einheit der Lohnabhängigen. In **Lüttich** und in **Gent** ist wie in **Bremen** und **Eisenhüttenstadt** das Denken über den Zaun des Betriebes hinaus noch nicht vorherrschend. In den Belegschaften ist der Glaube seinen Arbeitsplatz zu retten, wenn der eigene Betrieb wettbewerbsfähiger wird, nicht überwunden. In Belgien spielen auch unterschiedliche Mentalitäten bei **Wallonen** und **Flamen** eine Rolle. Hier harken sich auch die sozialistische Gewerkschaft F.G.T.B. und die christliche CSC. Gerade hatte sich die christliche Gewerkschaft mit dem gesetzlichen Inflationsausgleich bei den Löhnen zufriedengegeben, was den Protest der sozialistischen Gewerkschaft zur Folge hatte. Spannungen zwischen Basisaktivitäten und Gewerkschaftsbürokratie sind auch in **Lüttich** nicht unbekannt.

Der EMB sagte die Kundgebung in Luxemburg ab, als er spürte, dass der Protest der um ihren Arbeitsplatz bangenden Stahlwerker nicht mehr in sozialpartnerschaftliche Bahnen zu lenken war. Die Absage diente der Verhinderung eines gemeinsamen, konzernweiten Widerstands der Belegschaften gegen anstehenden Arbeitsplatzabbau, gegen drohende Entlassungen.

Noch sind sich die Gewerkschafter der verschiedenen ArcelorMittal-Standorte fremd, wissen kaum voneinander, können so auch leicht zueinander in Konkurrenz gesetzt und gegeneinander ausgespielt werden. 27 verschiedene Gewerkschaften, Sprachbarrieren und unterschiedliche nationale Voraussetzungen und Bestimmungen erschweren direkte Kontakte und das Aufstellen gemeinsamer Forderungen. Ist es nicht ungewöhnlich, dass betriebliche Gewerkschafter die Belegschaften anderer Produktionsstandorte als Konkurrenz sehen, so werden kritische Gewerkschafter gedrängt, einen Blick über den Zaun des Betriebes hinaus zu werfen, Kontaktaufnahme untereinander aufzunehmen, Erfahrungsaustausch zu organisieren und gemeinsame Forderungen gegenüber der Konzernleitung zu erheben. In dieser Weise äußerten sich auch belgische Gewerkschafter Anfang Juni 2009 während einer Vertrauensleuteversammlung der Bremer Hütte. ■

Streik der Beschäftigten im kommunalen Sozial- und Erziehungsdienst.

Bei den Beschäftigten der Berufsgruppen, die im kommunalen Sozial- und Erziehungsdienst arbeiten, handelt es sich um ca. 127.000 ErzieherInnen/KinderpflegerInnen. In dieser Berufsgruppe sind zu 95 Prozent Frauen beschäftigt. Die andere Gruppe umfasst eine Vielfalt von Berufsgruppen, die teilweise studiert und entsprechende Abschlüsse haben. Über diese sind genaue Angaben nicht möglich, da sie in unterschiedlichen Statistiken geführt werden. Die Beschäftigungsgruppe der studierten SozialarbeiterInnen und Sozialpädagogen (SA/SP) nimmt für sich genommen jedoch den größten Anteil ein. Auch hier sind mehrheitlich Frauen beschäftigt. Mehr als die Hälfte der ErzieherInnen ist teilzeitbeschäftigt. Über die anderen Berufsgruppen können keine präzisen Angaben gemacht werden. Insgesamt sind im Sozial- und Erziehungsdienst 220.000 KollegInnen beschäftigt. Ihr Anteil an allen Tarifbeschäftigten der Kommunen liegt bei rund 20 Prozent.

Die ErzieherInnen sind vorwiegend in Kindertagesstätten beschäftigt. Die anderen Berufsgruppen erstrecken sich über die Aufgabenbereiche in den Jugendämtern, den Jugendfreizeiteinrichtungen, den Kinder- und Jugendheimen, der Jugendberufshilfe, den Drogenberatungsstellen usw.

In der Anfang Mai durchgeführten Urabstimmung erklärten sich knapp 90 Prozent der Mitglieder bereit für die Durchsetzung des *»Tarifvertrages zur betrieblichen Gesundheitsförderung im Sozial- und Erziehungsdienst«* zu streiken. Die Gründe für die hohe Streikbereitschaft sind in den hohen Arbeitsbelastungen und der niedrigen Bezahlung der Beschäftigten zu finden.

Die hohen Arbeitsbelastungen führen u.a. zu krankheitsbedingten Ausfällen und zu noch höheren Arbeitsbelastungen, da die Personaldecken eng bemessen sind und es in aller Regel keinen Personalersatz gibt. Besonders gravierend ist, dass es sich, den Angaben ver.di folgend, nur 26 Prozent der Erzieher und 58 Prozent der SA/SP vorstellen können, bei den gegenwärtigen Arbeitsbedingungen das Rentenalter gesund zu erreichen.

Anfang 2009 wurden die Verhandlungen über eine höhere Eingruppierung der pädagogischen Fachkräfte aufgenommen. Der Aufnahme dieser Verhandlungen gingen über einige Jahre hinweg geführte Diskussionen in der aktiven Mitgliedschaft mit Beteiligung von Tarifsekretären voraus, ehe die Bundestarifkommission im September 2008 beschloss, die Verhandlung um die Höhergruppierung aufzunehmen. Die Verhandlungen wurden von Demonstrationen und einem Warnstreik Anfang Mai unterstützt. ver.di steht in dieser Auseinandersetzung jedoch in der Friedenspflicht.

Dies hat sich ver.di beim Tarifabschluss der Kommunen im März 2008 durch Verlängerung der Kündigungsfrist der Vergütungsordnung selbst eingebrockt. Gekündigt werden kann frühestens zum 31. Dezember 2010. Die Verlängerung der Kündigungsfrist ist insofern unverständlich, weil die Diskussion um eine höhere Eingruppierung schon seit mehreren Jahren läuft und jedem Tarifexperten klar sein muss,

dass die Forderungen ohne Streik nicht durchsetzbar sind. Es kommt jedoch noch dicker. Im »Tarifvertrag zur Überleitung der Beschäftigten der kommunalen Arbeitgeber in den TvÖD und zur Regelung des Übergangsrechts TVÜ-VKA« vom 13.09.05 gibt es die im Bundesangestelltentarifvertrag (BAT) geltenden Bewährungsaufstiege nicht mehr. Dies hat zur Folge, dass die BAT-Eckeingruppierung, z.B. für ab dem 1.10.05 neu eingestellte Kinderpflegerinnen in der Regeltätigkeit, ab dem 1.10.04 neu eingestellte ErzieherInnen und ab dem 1.10.04 neu eingestellte SA/SP vorerst die endgütige Eingruppierung ist. Vorerst im Sinne der anstehenden Verhandlungen.

Durch Abschaffung der Bewährungsaufstiege bleiben KinderpflegerInnen in der EG 3 – statt nach zwei Jahren in die EG 5 zu kommen, ErzieherInnen bleiben in der EG 6 – statt nach drei Jahren in die EG 8 zu kommen. SA/SP kommen glimpflicher davon. Sie bleiben in EG 9 und bekommen die nach 2 Jahren übliche Vergütungsgruppenzulage in Höhe von gut 106 EUR mtl. nicht mehr gezahlt. ver.di **erhofft sich** nun über den Streik um den Tarifvertrag zur betrieblichen Gesundheitsförderung die Arbeitgeber dazu bewegen zu können, auch bei der Höhergruppierung einzulenken.

Der Streik begann am 15. Mai. Teilweise traten die einzelnen Landesbezirke hintereinander in den Streik. Wesentlich in der Streiktaktik war, dass täglich mehrere Tausend im Streik stehen sollten. Die Streikenden befanden sich tageweise im Streik und kehrten tageweise an ihren Arbeitsplatz zurück. Dies führte insbesondere bei den ErzieherInnen zu Problemen, da sie sich dann mit den Eltern auseinandersetzen mussten. Schwerpunkt der Streiks ist NRW. Getragen wird der Streik von den ErzieherInnen. Die SA/SP beteiligen sich letztlich nur am Rande. Das hat verschiedene Gründe, u.a. ihr berufliches Ethos und die Tatsache, dass die Arbeit dann »liegen bleibt«. Bei den Älteren spielt die negative Erfahrung aus der 91er Tarifrunde eine gern ins Feld geführte Rolle. In dieser Auseinandersetzung wurde die Forderung, alle SA/SP nach BAT IVa (jetzt EG 10) einzugruppieren, dank der Verhandlungsführung der damaligen ÖTV nicht erreicht.

Höhepunkte des Streiks waren bisher die Demonstrationen mit abschließenden Großkundgebungen am 26. Mai in Wuppertal und am 15. Juni in Köln. An der Demonstration in Wuppertal, zu der die in NRW Beschäftigten aufgerufen waren, beteiligten sich 10.000 der bundesweit 25.000 im Streik stehenden KollegInnen. Dem bundesweiten Aufruf zum »Streikfest« in Köln folgten nach Gewerkschaftsangaben rund 30.000 Beschäftigte. Gleichzeitig streikten in verschiedenen Bundesländern mehrere tausend Beschäftigte.

An beiden Demonstrationen nahmen in der überwiegenden Zahl im Streik stehende KollegInnen teil. Beiden Aufrufen folgten aber auch organisierte KollegInnen, die nicht kontinuierlich im Streik standen und nicht Organisierte. Für die Veranstaltung in Köln holte sich ver.di Unterstützung aus der Bundespolitik und lud Ursula von der Leyen (CDU), Franz Müntefering (SPD), Renate Künast (Bündnis 90/Die Grünen) und Gregor Gysi (PDS) als RednerInnen ein.

Die Frankfurter Oberbürgermeisterin und Präsidentin des Städtetages Petra Roth (CDU), kritisierte den Auftritt der Spitzenpolitiker und erklärte dem Kölner Stadt-Anzeiger: *»Eine Einmischung der Bundespolitik in laufende Verhandlungen zwischen Gewerkschaften und Kommunen verbitten wir uns.«*

Die BundespolitikerInnen kamen trotzdem und werteten die Forderungen nach Gesundheitsschutz als völlig berechtigt. Sie unterstützen ErzieherInnen und SA/SP, auch wenn sie dabei vorwiegend die frühkindliche Bildung und die im Kita-Bereich bestehenden Arbeitsbedingungen ins Feld führten und somit die ErzieherInnen im Auge hatten. Der Forderung nach guter Bezahlung schlossen sie sich ebenfalls an. Die Reden wurden von den Streikenden mit Beifall bedacht. Große Unterschiede waren da nicht zu hören. Die ebenfalls eingeladene Elternratsvertreterin machte deutlich, dass die Eltern trotz der erheblichen Nachteile, die gerade für berufstätige Eltern durch den Streik in den Kindertagesstätten entstehen, hinter den Forderungen der Erzieher stehen, da sie wollen, dass ihre Kinder von nicht im Stress stehenden, qualifiziertem Personal betreut und gefördert werden.

Die hohe Streikbeteiligung und verbale Unterstützung aus der Politik machten es dem ver.di-Vorsitzenden Bsirske leicht, darauf hinzuweisen, dass ein **Abschluss unter** der gestellten Forderung nach dem Tarifvertrag über den betrieblichen Gesundheitsschutz und der Anhebung der Eckeingruppierung der Erzieher in EG 9 und der Sozialarbeiter in EG 10 **nicht akzeptiert** wird. Bei Fortsetzung des Streiks kündigte er an, dass die Eltern mehr in den Streik einbezogen werden müssen. Der schon vielerorts zum Ausdruck gebrachte Unmut der Eltern ist auch bei aller anderenorts geäußerten Unterstützung der wundeste Punkt bei diesem Streik, da die Erzieherinnen zu ihrem beruflichen Ethos stehen. Bisher haben sie es geschafft dieses zu überwinden, um im Arbeitskampf ihre Interessen durchzusetzen.

In der Woche vom 15. Juni bis 19. Juni wurde wieder verhandelt. Die Streiks wurden fortgesetzt. Die Arbeitgeber legten ein Angebot vor. Dieses betrifft jedoch nur einen geringen Teil der ErzieherInnen. Mit dem Angebot sollten die Beschäftigten in weitere 50 Tätigkeitsfelder ausgegrenzt werden. Auch beim Tarifvertrag um den Gesundheitsschutz ruderten die Arbeitgeber zurück und gestehen Beschäftigten die Prüfung auf gesundheitsgefährdende Arbeitsbedingungen nur dann zu, wenn wesentliche Veränderungen am Arbeitsplatz vorgenommen wurden.

Die Streikdelegiertenversammlung und die Bundestarifkommission erklärten einstimmig, dass sie die geforderte Spaltung der Beschäftigten nicht hinnehmen werden. ver.di erklärte die Verhandlungen am 19. Juni für gescheitert. In den Sommerferien wird der Streik unterbrochen. Es wird jedoch nicht ausgeschlossen, dass es in verschiedenen Städten zu Streiks kommt. In NRW werden sie im August wieder aufgenommen, um im Vorfeld der Kommunalwahlen am 30. August Druck auf die Politiker zu machen. Im September werden die Streiks im gesamten Bundesgebiet wieder aufgenommen. ver.di richtet sich auf einen langen Arbeitskampf ein und tönt vom »100-Wochen-Streik«.

In der nächsten »Arbeiterpolitik« gehen wir auf Vorgeschichte, Hintergründe, Streikverlauf, zu bewältigende Schwierigkeiten, das materielle Ergebnis und die politische Bedeutung der Auseinandersetzung für die Beschäftigten der Kommunen und ihrer Gewerkschaft ver.di ein. Leser-Beiträge dazu sind willkommen . R., 26. Juni 09 ■

Arbeiterkammerwahlen Frühjahr 2009

Im Prinzip gehören fast alle Arbeiter und Angestellte den Arbeiterkammern an. Wer Mitglied ist und wer nicht, entscheidet die Gesetzgebung. Per Gesetz sind einige Beschäftigtengruppen von der AK-Mitgliedschaft ausgenommen (z.B. bestimmte öffentliche Beschäftigte, leitende Angestellte, Beschäftigte in Land- und Forstwirtschaft), für alle anderen gilt eine gesetzliche Pflichtmitgliedschaft. Pro Monat zahlt jedes Mitglied einen Beitrag von 0,5 Prozent des Bruttoeinkommens. Außer in den vom Staat übertragenen Verwaltungsaufgaben sind die Kammern laut Gesetz völlig autonom – der Staat darf (offiziell) keinerlei Weisungen erteilen. Die Arbeiterkammern unterliegen jedoch der staatlichen Aufsicht in Bezug auf die korrekte Amtsführung der übertragenen Verwaltungsaufgaben.

Die Aufgaben der AK sind vor allem die Interessenvertretung für ihre über drei Millionen Mitglieder, u.a. **Rechtsvertretung vor dem Arbeits- und Sozialgericht, Sozialversicherung, Lehrlings- und Konsumentenschutz**. Die Angestellten der AK sind dadurch eine wichtige Hilfe für die Mitglieder, die die komplizierten staatlichen Regeln nicht durchschauen. Die AK's haben keine satzungsgemäße politische Funktion, sie sind sozusagen neutral, jedoch der Gesetzgebung unterworfen. Das unterscheidet sie im Prinzip von den Gewerkschaften; **mit ihren ca. 2400 Angestellten entlasten die AK's auch die Gewerkschaften von vielen bürokratischen Verwaltungsarbeiten**.

Die Wahlen zur Arbeiterkammer finden wie die österreichischen Parlamentswahlen jetzt alle fünf Jahre statt. 2009 wurden die Wahlen zeitlich unterschiedlich in den neun Bundesländern im Frühjahr durchgeführt. Heuer sank die Wahlbeteiligung auf knapp 44 Prozent ab, 2000 und 2004 hatte sie noch um 49 Prozent gelegen. Betroffen wurde davon vermutlich vor allem die sozialdemokratische »Fraktion Sozialistischer Gewerkschafter«, FSG. Bundesweit stellen außer der FSG noch die katholische Fraktion »ÖAAB«, die rechtsextremistischen »Freiheitlichen Arbeiter« (nur in Kärnten geteilt in FA und BZÖ), die »Alternativen und Unabhängigen Gewerkschafter« AUGE und der »Gewerkschaftliche Linksblock« (GLB) der KPÖ auf. Die Grüne Partei hat in Niederösterreich eine eigene Liste aufgestellt. Daneben gab es eine Reihe von anderen, hauptsächlich lokalen Gruppierungen.

Betrachtet man die Zahl der gewonnenen Stimmen über die Periode von 2000 bis 2009, sind die Unterschiede geringfügig: Die FSG und ÖAAB haben ein bis zwei Prozentpunkte verloren, AUGE ist von ca. 3,6 auf 4,7 Prozent gestiegen, die zwei rechtsextremistischen Listen haben die Stellung mit zusammen etwa zehn Prozent gehalten, während der GLB geringfügig zugelegt hat – hinzu kommt noch eine neue kommunistische Gruppierung in Wien, die dort mit 0,7 Prozent einen Vertreter bekam. Die Wahlen 2004 waren offenbar insofern eine Anormalität, als die FSG damals gestärkt wurde, während die rechtsextremistische Liste auf etwa fünf Prozent abgesunken war.

Die Arbeiterkammern werden weiterhin von einer noch soliden Mehrheit von Sozialdemokraten geführt – mit Ausnahme der AK's in Tirol und Vorarlberg, die seit jeher katholische Mehrheiten haben. Die FSG hat also das Vertrauen der Mehrheit der sich beteiligenden Wähler bekommen. Im Unterschied zu den im März durchgeführten Landtagswahlen in Kärnten, wo die SPÖ nur noch etwa 29 Prozent erhielt, die rechtsextremistischen Parteien aber fast 50 Prozent erreichten, erhielten die Rechtsextremen bei der AK-Wahl in Kärnten nur 23 Prozent, der FSG jedoch 67 Prozent. Mit Ausnahme der zwei westlichsten Bundesländer hat die FSG, wie es scheint, sichere Mehrheiten, eine Bedrohung bzw. Konkurrenz von links ist kaum vorhanden. Die Wählermehrheit ist mit der Funktion der Arbeiterkammer zufrieden oder sieht zumindest keinen Widerspruch zwischen der Arbeit der AK und ihren Interessen. Die reformerische Position hat Rückhalt in der Arbeiterklasse, sie hat ihn auch gegenüber den politischen Angriffen seitens der Rechtsextremen.

Der sozialdemokratische Vorsitzende der Wiener und der Gesamt-AK gab sich dann auch sehr gelassen: Die niedrigere Wahlbeteiligung sei vor allem darauf zurückzuführen, dass die Wähler sowieso gewusst hätten, dass die Position der FSG nicht bedroht sei. Er irrt sich, oder er macht er sich etwas vor. Möglich ist auch, dass er die Öffentlichkeit hinters Licht führen will. Tatsächlich machen sich andere Tendenzen bemerkbar. Diese sind in sich widersprüchlich und auch unabhängig voneinander.

Es gibt Unterschiede zwischen den Arbeiter- und den Angestelltengewerkschaften. In der Gewerkschaft der Privatangestellten (GPA) wächst die Zahl der nicht parteipolitisch organisierten Betriebsräte, die Hälfte bis zwei Drittel ist politisch freistehend. Wenn diese Zahl bei den Arbeitern auch wesentlich geringer ist, bedeutet es jedoch keinesfalls, dasssich dies hier nicht bemerkbar macht. Bei den AK-Wahlen hatte das zur Folge, dass diesmal eine Reihe neuer Listen aufgestellt wurde, die jeweils Teilinteressen zum Ausdruck brachten, meistens nicht oder nur vage eine politische Richtung haben. (Eine Ausnahme bildet die Liste »Komintern«, die mit 0,7 Prozent der Stimmen einen Vertreter in der Wiener AK bekam. Die hiesige »Komintern« ist ein Vertreter sehr traditioneller KP-Anschauungen.)

Die Fraktion AUGE hat mit der Grünen Partei nichts zu tun, sie entfernt sich vielmehr von parteipolitischen Positionen und versucht eine parteiunabhängige, linke gewerkschaftliche Politik zu entwickeln. Sie hat damit einen gewissen Erfolg. Insgesamt hat sich die Zahl der kandidierenden Listen in den meisten Bundesländern vermehrt, es sind jetzt auch mehr Gruppen als 2004 in den Vollversammlungen vertreten. Es wird aber weiterhin so bleiben, dass die parteiunabhängigen Gruppen kaum Einfluss auf die Gesamtpolitik der AK haben werden. Diese wird weiterhin intern zwischen FSG und ÖAAB ausgehandelt und erst danach den Vollversammlungen vorgelegt.

Die z.T. recht hohen Verschiebungen zwischen den einzelnen Fraktionen/Gruppen – in Wien ging die FSG von 69 Prozent (2004) auf 56 Prozent (2009) zurück – die größere Zahl der Listen, die niedrigere Wahlbeteiligung, die steigende Jugendarbeitslosigkeit zeigen an, dass vor allem eine Zukunftsperspektive fehlt: Wem diese fehlt, der wird auch nicht mit ideologischen Versatzstücken eine jahrelange Fraktionsarbeit durchhalten können. In dieser Beziehung können die AK-Wahlen mit denen zur österreichischen Hochschülerschaft verglichen werden. Auch diese zeigten eine wesentlich niedrigere Wahlbeteiligung und eine Flucht aus den parteipolitischen Listen zu den sachbezogenen Fachschaftslisten. Das Ergebnis der EU-Wahlen zeigt ähnliche Tendenzen.

Was aus der damit angezeigten Gärung wird, bleibt zur Zeit noch offen. Wien, 28. Juni 09, ■